

## PAZIFIK GESAMT

### Tourismus in der Region

1,28 Millionen Besucher bereiten im vergangenen Jahr den Pazifik, 3 % mehr als in 2005. Das gab die südpazifische Tourismusvereinigung south-pacific.travel (vormals South Pacific Tourism Organisation, SPTO) bekannt. South-pacific.travel-Direktor Tony Everitt sprach von einem moderaten Anstieg der Besucherzahlen. Auf dem Tourismusmarkt sei man zwar gut vertreten, doch müssten einige pazifische Länder ihr touristisches Angebot noch stark erweitern.

Die meisten Touristen kommen nach Fidschi (545.168 Besucher), gefolgt von Französisch-Polynesien (221.549) und Samoa (115.882). Es folgen Neukaledonien (102.198), die Cook-Inseln (92.082) und Vanuatu (68.179). Das Schlusslicht in der Tourismusstatistik bilden Kiribati mit 4.147 Gästen und Tuvalu mit 1.131 Besuchern jährlich. (*Flash d'Océanie, south-pacific.travel 16.03.07*)

### „Klimaflüchtlinge“ suchen neue Heimat

Bis zu 3.000 Bewohner des pazifischen Inselstaates Tuvalu wollen ihr Land auf der Flucht vor den Folgen des globalen Klimawandels verlassen. Sie planen eine Auswanderung nach Neuseeland, nachdem eine Anfrage an Australien auf Aufnahme der Flüchtlinge scheiterte. Rund 11.000 Tuvalus leben auf den Korallenatollen, die zwischen zwei und vier Meter über dem Meeresspiegel liegen und insgesamt 26 Quadratkilometer Land umfassen.

Auch die Bewohner der Carteret-Inseln nordöstlich der Insel Bougainville in der Provinz Nördliche Salomonen (Papua-

Neuguinea) gehören zu den Menschen auf der Flucht vor den Zerstörungen durch Flutwellen und den Anstieg des Meeresspiegels. Seit rund zwei Jahrzehnten haben sich die Bewohner der nur 1,5 Meter über dem Meeresspiegel liegenden Carteret-Inseln gegen die Folgen des Klimawandels zur Wehr zu setzen versucht. Ständig wiederkehrende Springfluten und Überschwemmungen machen nun das Leben auf den fünf Atollen unmöglich: Das Salzwasser zerstört die Gärten, versalzt das Wasser in den unter den Atollen liegenden Trinkwasserlinsen und unterhöhlt die an den Stränden gelegenen Behausungen. Die noch rund 2.000 auf Carteret lebenden Menschen sollen im Lauf dieses Jahres auf die Insel Bougainville umsiedeln. Die Kosten für die aufwändige Evakuierung auf die Nachbarinsel trägt die Regierung von Papua-Neuguinea. Mit der Umsiedlung werden die Menschen nicht nur ihre Heimat verlieren, sondern auch ein Stück ihrer Kultur und Identität, wie Ethnologen befürchten.

Die Bewohner von Tuvalu und Carteret werden in der Literatur zu den Auswirkungen des Klimawandels gerne als so genannte „Klimaflüchtlinge“ bezeichnet. Dieser Begriff ist rechtlich jedoch (noch) unzulässig. Als Flüchtlinge im Sinne der „Genfer Flüchtlingskonvention“ von 1951 werden Personen definiert, die sich aufgrund einer begründeten Furcht vor Verfolgung außerhalb des Staates aufhalten, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, sowie Staatenlose, die sich außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltsstaates befinden. Anerkannt ist ein Mensch als Flüchtling nur mit *„begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung“*. Die Definition bezieht sich bis dato nicht auf Menschen, die aufgrund von Umweltfaktoren ihre Heimat ver-

lassen. Nichtsdestotrotz wird der Schutzbedarf von „ökologisch Vertriebenen“ aus der Asien-Pazifik-Region von einigen Regierungen anerkannt.

Umweltschützer und Einrichtungen wie beispielsweise das US-amerikanische ‚Earth Policy Institute‘ benutzen jedoch den Begriff „Klimaflüchtling“ und meinen damit Angehörige einer größeren Gruppe, die wegen von Menschen verursachten Umweltveränderungen ihr Land verlassen müssen.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk schätzt derzeit die Zahl der Flüchtlinge weltweit auf 40 bis 50 Millionen. Von ihnen sind nach Ansicht der „United Nations University“ mit Sitz in Bonn über 19 Millionen wegen klimatischer Veränderungen und den Folgen auf der Flucht. Professor Norman Myers von der Oxford University kommt in seiner Studie „Environmental Refugees“ sogar auf 25 Millionen Klimaflüchtlinge. Diese Zahl drohe sich bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Wenn sich das Klima weiter erwärmt, könnte sie im Jahr 2050 sogar auf 150 bis 200 Millionen anwachsen, so die Befürchtung des renommierten Wissenschaftlers.

Da die Vereinten Nationen den „Klimaflüchtling“ nicht anerkennen, ist zum Beispiel der Versuch der Regierung von Tuvalu, in Australien „Klima-Asyl“ zu beantragen, gescheitert. Bereits mehrfach hat der Premierminister von Tuvalu um ein Treffen mit dem australischen Premier John Howard nachgesucht, um die Klimaflüchtlingsfrage zu klären. Er wurde stets abgewiesen. Bei der Regierung von Neuseeland stieß er dagegen auf Gehör. Hier bot man an, vorbehaltlich der absoluten Unbewohnbarkeit Tuvalus, die gesamte Bevölkerung aufzunehmen. Zurzeit können nämlich nur jährlich 75 Menschen aus Tuvalu nach Neuseeland ausreisen. Das regelt das Abkommen „Pacific Access Category“, das den Län-

dem Tuvalu, Fidschi, Kiribati und Tonga ein jährliches Kontingent an Flüchtlingen zugesteht, die in Neuseeland aufgenommen werden.

„Klimaflüchtlinge“ werden übrigens zukünftig nicht nur aus den armen Regionen des Südens kommen. Sollten sich die Prognosen des Vierten Sachstandsberichtes der „Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen“ (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) bewahrheiten, drohen auch Städte wie Shanghai, Hamburg, Manila, London, New York und Venedig „unterzugehen“.

Am 1. Mai ernannte deshalb UN-Generalsekretär Ban Ki Moon drei Personen zu „Klimabeauftragten der Vereinten Nationen“: Den norwegischen Ex-Premierminister Gro Harlem Brundtland, den ehemaligen Präsidenten von Chile, Ricardo Lagos Escobar, sowie den ehemaligen Präsidenten der UN-Vollversammlung, den Koreaner Han Seung-soo. Die Klimabeauftragten sollen die Klimaverhandlungen zwischen den Regierungen der Staaten vorbereiten und den Vereinten Nationen in multilateralen Gesprächen zu diesem Thema beratend zur Seite stehen. (*Green Left Weekly 21.03.07, BBC News, UN News Service 01.05.07, www.germanwatch.org, [http://publik.verdi.de/2007/ausgabe\\_04/leben/titel/seite\\_17/A0](http://publik.verdi.de/2007/ausgabe_04/leben/titel/seite_17/A0)*)

## Walfangverbot in Gefahr

Seit 1986 besteht ein weltweites Verbot des kommerziellen Walfangs auf Großwale. Der Streit um eine Verlängerung dieses Moratoriums hat sich bei der 59. Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC) vom 4. bis zum 31. Mai in Anchorage im US-Staat Alaska zugespitzt. Drei Staaten halten sich nicht an das Verbot. Norwegen, Island und Japan sind traditionelle Walfangnationen. Island und Norwegen hatten

Vorbehalte gegen das Abkommen von 1986 angemeldet und fühlen sich deshalb nicht an das Verbot gebunden. Japan nutzt ein Schlupfloch der Vereinbarung, die Walfang zu „wissenschaftlichen Zwecken“ erlaubt.

Trotz des IWC-Moratoriums hat sich die Zahl der gejagten großen Wale seit der Fangsaison 2000/2001 fast verdoppelt. Das gab der World Wide Fund for Nature (WWF) bekannt. Er führt über alle offiziell (!) von den derzeit 76 IWC-Mitgliedsländern gejagten Großwale Buch. Wurden 2001/2001 noch 1.051 Wale getötet, waren es in der Saison 2005/2006 bereits 1.921. Seit 1986 starben über 6.000 Wale.

Norwegen, Island und Japan halten laut Expertenangaben nicht aus wirtschaftlichen Gründen am Walfang fest, sondern eher aus Prinzip. Japan war beispielsweise gezwungen, eine Vermarktungsgesellschaft für Walfleisch zu gründen, die das Fleisch Krankenhäusern und Schulkantinen schmackhaft machen soll. De facto essen nur noch 4 % der japanischen Bevölkerung Walfleisch. Mehr als 70 Prozent der Japaner sind gegen das Walschlachten im Südpolarmeer. Japan will den Walfang trotzdem weiter ausdehnen und ab November 2007 sogar erstmals 50 Buckelwale fangen und töten. Für diese „Forschungsquote“ braucht das Land keine IWC-Genehmigung, denn der Walfang zu „wissenschaftlichen Zwecken“ unterliegt keinen Quoten. Der Buckelwal ist besonders in seiner Existenz bedroht, im ganzen Südpazifik soll es nach Angaben des neuseeländischen Umweltministeriums nur noch 2.000 Exemplare geben.

Seit langem argumentiert Japan spitzfindig, dass die IWC eine WalfANG- und keine WALSCHUTZorganisation sei. Die IWC habe nach ihrer Gründungscharta die Aufgabe, die „nachhaltige Nutzung der Bestände“ zu regulieren, heißt es

seitens der japanischen Walfänger. Viele Bestände der Meeressäuger hätten sich soweit reguliert, dass die Jagd wieder begrenzt zugelassen werden könnte. Artenschützer und Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace sind mit diesen Aussagen nicht einverstanden. So gäbe es zwar wieder rund 360.000 Pottwale weltweit, doch käme es auf die Zusammensetzung der Populationen in den jeweiligen Meeresregionen an. Vor den Galapagos-Inseln, früher ein traditionelles Walfanggebiet, lebt z.B. nur noch ein einziges geschlechtsreifes Männchen.

In Neuseeland und Australien protestierten Mitte Mai tausende von Walschützern gegen die Walfangnationen. Mit Protestzügen und Demonstrationen an markanten Punkten der Großstädte Auckland und Sydney hielten die Umweltschützer Plakate hoch mit der Aufschrift „Schützt die Buckelwale“.

Walbeobachtungstouren (whale watching) bieten für viele pazifische Länder auch ein hohes touristisches und wirtschaftliches Potential. Ausgehend von Kaikoura (Neuseeland) hat sich diese Touristenattraktion mittlerweile auch in Tonga, Samoa, Fidschi, den Cook-Inseln, Niue und Französisch-Polynesien etabliert. Allein in Neuseeland macht das whale watching einen jährlichen Umsatz von 120 Millionen NZ Dollar.

Die Internationale Walfangkommission (International Whaling Commission) ist eine Einrichtung des Internationalen Übereinkommens zur Regelung des Walfangs, das am 2. Dezember 1946 in Washington (USA) unterzeichnet wurde. Sie hat die Aufgabe, Fangquoten für Wale in den Weltmeeren festzulegen und Schutzzonen zu definieren, in denen nicht gejagt werden darf. (*PIR 14.05.07, dpa 22.05.07, <http://www.iwcoffice.org/>, [http://www.greenpeace.de/themen/meere/walfang\\_iwc/](http://www.greenpeace.de/themen/meere/walfang_iwc/)*)

## PITA-Präsident bestätigt

Maui Sanford aus Französisch-Polynesien ist erneut zum Präsidenten der „Pacific Islands Telecommunications Association“ (PITA) gewählt worden. Sanford vertritt innerhalb der PITA das Büro für Post und Telekommunikation OPT aus Französisch-Polynesien. Bei der jährlichen Mitgliederversammlung der PITA in der französisch-polynesischen Hauptstadt Pape'ete auf Tahiti diskutierten die Vertreter der großen pazifischen Telefon- und Kommunikationsanbieter zukünftige Trends und Perspektiven zur Verbesserung der Kommunikation in der Region.

Die PITA wurde 1996 gegründet. Sie soll helfen, die typisch pazifischen Kommunikationsprobleme wie die großen Entfernungen, die mangelnde Stromversorgung in ländlichen Gebieten und die Fokussierung der Dienstleistungen auf größere Städte zu lösen. Auf der Versammlung wurde über Möglichkeiten diskutiert, das Internet auch der breiten Masse zur Verfügung zu stellen. Angesichts der geographischen Abgelegenheit und geringen Größe vieler pazifischer Inseln kommt hier nur die Kommunikation via Satellit oder via unterseeischen Kabel in Frage.

Die Regierung Französisch-Polynesiens denkt zurzeit über den Bau eines Unterwasserkabels von Tahiti nach Hawai'i im Jahr 2009 nach, um die Leistungsfähigkeit und den Datendurchsatz zu erhöhen.

Die Mitgliederversammlung diskutierte auch die Einrichtung eines regionalen pazifischen Warnsystems bei Naturkatastrophen wie Tsunamis oder Tornados. In Frage käme hier ein System auf Basis von Telefon-technik, so dass im Falle eines Falles die Warnung schnell von einer Insel zur nächsten durchgegeben werden könnte, erklär-

te der alte/neue Präsident der PITA.

Die PITA ist eine non-profit Organisation mit Sitz in Suva (Fidschi). Ihr gehören 102 Mitglieder an, darunter 32 Telefonanbieter, acht Regulierungsbehörden sowie 62 Dienstleister aus den Bereichen Technik, Installation und Wartung. (*Flash d'Océanie* 25.04.07, <http://www.pita.org.fj>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### PNG vor der Wahl

Kurz vor Fristende haben sich bereits 1.102 Kandidaten für die vom 30. Juni bis 10. Juli 2007 stattfindenden Wahlen aufstellen lassen. Die neuguineische Wahlkommission (Electoral Commission) rechnet bis zum Ende der Bewerbungsfrist jedoch mit mehr als 3.000 Kandidaten aus den 19 Provinzen und dem National Capital District. 109 Sitze im Parlament stehen für diese große Menge an Kandidaten zur Verfügung. Erstmals wird nach dem „preferential voting system“ gewählt, bei dem jeder Wähler drei Stimmen hat. Das „Mehrheitswahlrecht mit alternativer Stimmabgabe in Einerwahlkreisen“ sieht vor, dass eine Stichwahl der beiden besten Kandidaten entfällt, weil man mit den verbleibenden zwei Präferenzen weiterrechnen kann, bis jemand die absolute Mehrheit erreicht hat.

Unter den zur Wahl stehenden Kandidaten sind auch strittige Personen, wie z.B. der Parlamentarier für die Raiküste, James Yali. Yali war im letzten Jahr der Vergewaltigung überführt und zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Er darf das Gefängnis zu besonderen Anlässen verlassen und hatte deshalb bei der Wahlkommission eine Eingabe um seine erneute

Kandidatur machen können. Dieser wurde nun stattgegeben.

Die australische Regierung unterstützt die Regierung von Papua-Neuguinea mit 10 Millionen AUS Dollar zur Durchführung einer freien und fairen Wahl. Das auf drei Jahre angelegte Finanzierungsprogramm wurde bereits 2005 begonnen, indem 16 australische Wahlberater ihren Dienst bei der Wahlkommission aufnahmen. Nach den von Gewalt und Korruption gekennzeichneten Wahlen von 2002 will die australische Regierung vor allem den Wahlverlauf in den Hochlandprovinzen beobachten. Außerdem kommen 20 australische Betriebswirte zum Einsatz, die in jeder der 20 Provinzen die Einhaltung des Wahlbudgets kontrollieren sollen.

Auch die Polizei erhöht ihre Einsatzkräfte im Hochland von PNG. 2.000 zusätzliche Polizisten sollen die Situation unter Kontrolle halten, um ein Wahldebakel zu verhindern. Bei den letzten Wahlen musste die Wahl in sechs von neun Wahlbezirken für ungültig erklärt werden, nachdem es zu Unregelmäßigkeiten mit den Wahlurnen und den abgegebenen Stimmen gekommen war.

Auch die Armee will die Wähler in diesem Jahr schützen. Der Oberkommandierende der Streitkräfte, Kommodore Peter Ilau, erklärte, seine Soldaten würden dafür sorgen, dass die Wahlen frei und fair vonstatten gehen könnten. (*ABC* 10.05.07, *Post-Courier* 09.05., 10.05., 12.05.07)

#### Geplanter Tiefseebergbau erregt Gemüter

Nachdem die kanadische Bergbaufirma „Nautilus Minerals Exploration Ltd.“ große Gold- und Kupferfelder in der Tiefsee zwischen den Inseln Neubritannien, Neuirland und Manus, nordöstlich des Festlands, entdeckt hat, soll dort bald im großen Stil mit

dem Abbau der Vorkommen begonnen werden. Das Tiefseebergbauprojekt trägt den Titel „Solwara-1“ und soll 2009 anlaufen, wenn das eigens von Nautilus bei einer belgischen Firma in Auftrag gegebene Spezialabbauschiiff fertig ist. Aktienpartner von Nautilus bei diesem ersten Tiefseebergbauprojekt vor der Küste des neuguineischen Festlands sind Teck Cominco Limited, Anglo American PLC and Barrick Gold.

Die zuständigen Behörden der Provinz Ost-Neubritannien sowie Mitarbeiter von Nautilus besuchten kürzlich die Menschen in den Küstenregionen, die von dem Tiefseebergbau (engl. Deep-sea mining) betroffen sein werden. Es handelt sich vor allem um Küstenbewohner der Duke of York- Inselgruppe in der Provinz Neubritannien sowie um die Bewohner der Insel Neuirland.

Nautilus ist hier mit einem „Infomobil“ unterwegs, um die betroffenen Anwohner über die Folgen des Abbaus für die Natur und Umwelt sowie für die Lebensweise der Menschen aufzuklären.

Die Goldvorkommen lagern nach Angaben der Firma in einem Gebiet, das sich von der Bucht von Rabaul (Neubritannien) über den Saint Georgs-Kanal bis nach Neuirland hin erstreckt. Die Bewohner der Region haben sich bereits gegen den Tiefseebergbau ausgesprochen. Sie befürchten große Eingriffe in ihre Lebensumwelt, wie z.B. einen Rückgang der Fischfangrate. In einigen Gemeinden und Dekanaten der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea wurden bereits ablehnende Briefe an die Geschäftsführung von Nautilus verfasst. Ebenso richtete man Bittschriften an den neuguineischen Minister für Bergbau.

Umweltschützer engagieren sich bereits in lokalen Bündnissen

und orientieren sich dabei an der Arbeit anderer Gruppen wie z.B. der „Bismarck Ramu Group“, die jahrelang Lobbying gegen die Ramu-Nickel Mine bei Madang betrieben hatte. Die englischsprachige Tageszeitung „The National“ rief zu Leserbriefen zu dem Thema „Tiefseebergbau“ auf und bekam überwiegend negative Rückmeldungen auf die Pläne der kanadischen Firma.

Auch andere Tiefseebergbaufirmen haben Lizenzen zum Abbau der Mineralien in der Tiefsee des sogenannten „Bismarck Volcanic Arc“ beantragt. So bemüht sich die „Bismarck Mining Corporation“ um sieben Goldfelder mit einer Größe von insgesamt 18.000 Quadratkilometern in einem Gebiet zwischen Madang und Neubritannien. (*Pacific Beat* 17.04.07, *Post-Courier* 14.04.07, *The National* online, <http://www.nautilusminerals.com>, interne Nachrichten der PNG-Mitarbeiter von *Mission EineWelt*)

### EU unterstützt Entwicklungsvorhaben

Die Europäische Union (EU) wird ab 2008 Entwicklungsvorhaben mit 115 Millionen Euro fördern. Das gab der Botschafter der EU für Papua-Neuguinea, Aldo Dell'Arricia, bei den Feiern zum „Europatag“ im Hotel „Holiday Inn“ in Port Moresby bekannt. Die Fördergelder sollen ab dem nächsten Jahr über einen Zeitraum von sechs Jahren ausgeschüttet werden. Es sollen vor allem regierungseigene Programme in den Bereichen Gesundheit und Bildung gefördert werden. Dell'Arricia betonte, dass die EU nicht nur bestimmte Programme unterstütze, sondern auch Katastrophenhilfe leiste, sowie Mittel zum Wiederaufbau nach Naturkatastrophen zur Verfügung stelle, so geschehen nach dem Ausbruch des Vulkans Tavurvur in Rabaul. Die EU hatte damals die „Gazelle Restoration Authority“ finanziell beim Wiederauf-

bau der betroffenen Regionen unterstützt.

Ganz besonders erfreut zeigte sich Dell'Arricia über ein Finanzierungsabkommen im Rahmen des „European Development Fund“, dass er gemeinsam mit dem neuguineischen Schatzmeister Sir Rabbie Namaliu unterzeichnete. Fünf Millionen Euro aus diesem Fonds sollen die Arbeit der Zivilgesellschaft in PNG unterstützen. (*The National* 11.05.07)

### Japan finanziert Markham-Brücke

Die japanische Regierung hat Papua-Neuguinea ein Darlehen in Höhe von 5,8 Millionen US Dollar gewährt, um die Brücke über den Fluss Markham zu reparieren. Im März 2004 war ein tragender Brückenpfeiler nach heftigen Überschwemmungen weggebrochen. Die Menschen in Wau, Bulolo, Mumeng, Menyama und Aseki (Provinz Morobe) waren damals für knapp drei Monate von der wichtigsten Handelsverbindung in die Stadt Lae abgeschnitten. Die Regierung hatte nur notdürftige Reparaturen vorgenommen und angekündigt, man werde in circa fünf Jahren die alte Brücke sowieso komplett abreißen und eine neue bauen. Nun bat man die japanische Regierung in Form der „Japan International Cooperation Agency“ (JICA) um Unterstützung beim Neubau. Die JICA erklärte jedoch nach einer Überprüfung der Situation vor Ort, ein Neubau der Brücke sei nicht nötig, es reichten umfangreichere Reparaturarbeiten. Diese sollen vor allem die Tragfähigkeit der Brücke von bisher 33 auf 44 Tonnen erhöhen. Diese Erhöhung ist nötig geworden durch das Befahren der Brücke mit schwer beladenen LKWs, die aus dem Baugebiet der Ramu-Nickel Mine kommend den Fluss Markham überqueren müssen. (*Post-Courier* 12.05.07)

## Mann bei Poker geköpft

Eine Partie Poker zwischen Mitgliedern zweier Klans des Distrikts Lumusa (Mul Baier, Western Highlands Provinz) endete blutig: Ein junger Mann vom Pauarep-Klan köpfte einen älteren Mann vom Ambanekausa-Klan mit einer Machete. Der Streit zwischen den Männern war eskaliert, weil einer dem anderen Schummelei vorwarf. Bei dem Gerangel wurden Pistolen und Messer gezückt, etliche Personen erlitten Schuss- und Stichverletzungen.

Ein eilends herbeigerufenes Mitglied des Gemeinderats, Paul Lepa, konnte weitere Todesopfer verhindern. Er sagte, Klanangehörige beider Klans bemühten sich, die Pokerspieler nicht mehr aufeinander treffen zu lassen. Bisher wird der junge Mörder von seinem Klan geschützt, sein Name wurde nicht bekannt.

In dem unzugänglichen Gebiet in der Region Mul Baier sind Probleme mit Recht und Ordnung an der Tagesordnung. Polizei und Sicherheitskräfte gibt es dort nicht, die Bewohner müssen ohne polizeilichen Beistand auskommen. (*Post-Courier* 03.04.07)

## Internationale Ehrung für Wantok Radio Light

Der US-amerikanische Verband „National Religious Broadcasters“ hat das „Wantok Radio Light“ im Februar 2007 als „International Ministry of the Year“ ausgezeichnet. Der Interessensverband protestantischer Medienmissionen würdigt damit die Aufbauarbeit des evangelikal-fundamentalistischen Senders in einem schwierigen Umfeld, die treue Missionsarbeit und den guten Ruf, den sich das Programm erworben habe. Das Gemeinschaftsprojekt der Papua New Guinea Bible Church (ca. 500 Gemeinden) mit HCJB

World Radio (Technikpartner), EBM International (Schwester-sender Radio Light auf Fidschi) und Life Radio Ministries (internationaler Repräsentant, Ansprechpartner für Programme) sendet seit dem 11. Januar 2002 in Port Moresby ein evangelikal orientiertes christliches Radioprogramm in Englisch und Pidgin. Im Anklang an einen bekannten US-Anbieter firmiert der Träger als PNG Christian Broadcasting Network (PNG CBN), doch on air will man ein 'Radio Licht' anzünden. Eingebettet in ein Musikprogramm kommen diverse international bekannte Programme wie Back to the Bible und Focus on the Family, aber auch örtliche Sendungen.

Bisher hat man 12 UKW- und einen Kurzwellensender. Bei gesicherter Finanzierung sollen bis zu 30 UKW- und Kurzwellensender in Papua-Neuguinea, den Solomon Islands und Vanuatu über Satellit zusammengeschaltet werden. NRB umfasst nach eigenen Angaben über 1.400 religiöse Medienunternehmen, vor allem aus den USA. Zu den Zielen der Organisation zählen die "Verkündigung der guten Nachricht ewigen Lebens durch Jesus Christus", die "Umwandlung der Kultur durch gesunde biblische Lehre" und das "Eintreten für Religionsfreiheit". (*Dr. Hansjörg Biener, www.biener-media.de*)

## BOUGAINVILLE

### Alternativer Treibstoff

Wegen der Engpässe bei der Versorgung mit Treibstoffen und den damit verbundenen drastischen Preiserhöhungen haben sich die Menschen auf Bougainville auf eine Alternative konzentriert. Anstelle von Diesel füllen sie nun Kokosnussöl in ihre Autotanks und Stromgeneratoren. Bereits während der rund zehnjährigen Handelsblockade der Insel hatten die Men-

schen sich der Kokosnuss bedient, um ihren Treibstoffbedarf zu decken. Das Wissen um die Herstellung von Kokosnussöl, das sich als Treibstoff eignet, ist auch dank eines Deutschen nicht verloren gegangen. Der Auswanderer Matthias Horn betreibt seit etlichen Jahren eine Kokosnussraffinerie, in der er das Öl nicht nur zu kosmetischen Zwecken und zum Kochen herstellt, sondern auch als Treibstoff für Maschinen und Transportmittel. Inzwischen haben viele Einheimische in ihren Gärten „Mini-Raffinerien“ eingerichtet, mit der sie den günstigen Treibstoff für den Eigenbedarf herstellen können. Kokosnussöl ist nicht nur deutlich billiger als Diesel, sondern auch umweltfreundlicher. Mit der Herstellung des eigenen Treibstoffs haben sich die Bougainvilleans auch ein Stück Unabhängigkeit erarbeitet. Sie sind nun nicht mehr nur von den Weltmarktpreisen für Diesel abhängig, auch kann es nicht wieder zu Engpässen bei der Energieversorgung kommen. Einziger Nachteil des Bio-Treibstoffs: Bei Temperaturen unter 25 Grad verfestigt sich das Öl, so dass Diesel im Verhältnis 1:2 hinzugefügt werden muss.

Die günstige und saubere Art der Energieerzeugung hat auch das Interesse des Auslands geweckt. Matthias Horn erhielt sogar Anfragen aus dem Iran nach dem „Rezept“ für die Herstellung seines Öls.

Kokosnussöl wird in vielen anderen pazifischen Ländern bereits verwendet. So sorgt z.B. die Firma „Extreme Power Samoa“ für Strom in entlegenen Dörfern, die Dienstwagen der vanuatischen Regierungsglieder fahren mit dem Bio-Treibstoff und landwirtschaftliche Maschinen und Baufahrzeuge auf den Salomonen laufen ebenfalls mit dem Öl der Kokosnuss. (*BBC News* 24.04.07, <http://www.kokonutpacific.com.au/index.html?Biofuel.htm>)

## SALOMONEN

### Flutwellen-Katastrophe

Am 2. April 2007 wurden die Salomonen von einem Seebeben der Stärke 8,0 auf der Richterskala erschüttert. Zweiundfünfzig Menschen kamen ums Leben und ebenso viele werden immer noch vermisst. Die bis zu fünf Meter hohen Flutwellen brachen um 7:40 Uhr Ortszeit ohne Vorwarnung über die ahnungslosen Bewohner herein. Besonders die Menschen im westlichen Teil der Inselgruppe waren betroffen. Siebentausend Haushalte wurden weggeschwemmt und ließen ihre Bewohner obdachlos zurück.

Das Epizentrum des Bebens lag ungefähr zehn Kilometer unter dem Meeresboden, zwischen den Inseln Bougainville und New Georgia, welche ca. 350 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Honiara, nahe der Stadt Gizo, gelegen sind.

In Gizo sind die Zerstörungen am schwerwiegendsten, jegliche Infrastruktur wurde zerstört. Die Ortschaft stand fünf Meter unter Wasser und eine Belieferung mit Hilfsgütern war nicht möglich. Tagelang gab es weder eine Trinkwasser- noch eine geregelte Nahrungsmittelversorgung. Zwar retteten sich zahlreiche Menschen, indem sie sich auf einem nahe hinter der Stadt gelegenen Berg versammelten, um so der Flut, welche bis zu einem Kilometer in das Landesinnere vordrang, zu entfliehen. Jedoch gibt es derzeit bei weitem nicht genug Notunterkünfte für die Flüchtlinge.

Insgesamt wurden dreizehn Dörfer ausgelöscht, so ein Sprecher der Polizei. Eine Vielzahl von Leichen konnte immer noch nicht geborgen werden, da diese unter Bergen von Schutt liegen. Augenzeugen berichteten, Boote hätten mitten auf den Straßen gelegen und viele Gebäude seien eingestürzt. Vor

allem wird dies aus der Stadt Sasamunga geschildert, in der allein 300 mehrstöckige Häuser in sich zusammenfielen.

Interessant ist, dass es eine Erdbebenwarnung für den betreffenden Zeitraum gab, welche aber wieder zurückgezogen wurde. Ein Frühwarnsystem für Tsunamis, wie es im Jahr 2004 nach der Flutwelle in Südostasien installiert wurde, gibt es nicht – obwohl das Gebiet seismographisch deutlich aktiver ist. Lediglich die australischen Behörden reagierten auf die Erdbebenmeldung insoweit, als dass sie die 2.000 Kilometer entfernte australische Ostküste sperrten und jegliche Fährverbindungen einstellten.

Das Wort Tsunami an sich rührt aus dem Japanischen her und bedeutet so viel wie „Hafenwelle“. Es bezeichnet eine sich schnell fortpflanzende Meeresswelle, welche meistens durch Erdbeben, jedoch auch durch Vulkanausbrüche, Bergstürze, Unterwasserlawinen und Meteoriteneinschläge auf dem Meeresgrund ausgelöst wird. *(Artikel von Praktikant Felix Ball. BBC News online 02.04.2007, N24 News 02.04.2007, Caritas Australia Media Release 02.04.2007, Islands Business Mai 2007)*

### MOA mit Taiwan

Die Salomonen und Taiwan haben eine gemeinsame Absichtserklärung (Memorandum of Understanding, MOA) unterzeichnet. Sie erlaubt ab sofort die formlose Einreise von salomonischen Gastarbeitern für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren. Taiwan benötigt dringend Arbeiter in der Fertigung und im Anlagenbau. Jährlich rekrutiert das Land rund 400.000 Gastarbeiter.

Inzwischen hat Taiwan auch die Gelder für den „Rural Development Fund“ (Fonds für ländliche Entwicklung) in Höhe von knapp drei Millionen US Dollar freigegeben. Die ersten beiden Raten

für das Jahr 2007 wurden symbolisch von Taiwans Botschafter in Honiara, George Chan, an Premierminister Manasseh Sogarave übergeben. Aus dem Fonds sollen nun vor allem die Aufräumarbeiten und der Wiederaufbau der durch den schweren Tsunami und die Erdbeben zerstörten Gebiete bezahlt werden. 84 % der Bevölkerung der Salomonen leben in ländlichen Regionen. *(SIBC 10.05.07, Solomon Star 10.05.07)*

### † Bartholomew Ulufa'alu

Der ehemalige Premierminister der Salomonen, Bartholomew Ulufa'alu, ist am 24. Mai an seiner langjährigen Diabetes-Erkrankung in Honiara gestorben. Ulufa'alu war 56 Jahre alt. Von 1997 bis zum einem Regierungsputsch im Jahr 2000 war er Premierminister. Damals war er von Mitgliedern der „Malaita Eagle Force“ im Parlamentsgebäude als Geisel gehalten worden. Diese hatten als Gegenleistung für seine Freigabe seinen Rücktritt verlangt, den er am 14. Juni 2000 vollzog. Die Malaita Eagle Force und die Rebellenbewegung Guadalcanal Liberation Front hatten seit 1998 einen Guerillakrieg u.a. um Landrechte und die Übervorteilung der Einwanderer aus Malaita auf der Hauptinsel Guadalcanal geführt, der erst mit der Entsendung einer australischen Friedenstruppe (Regional Assistance Mission to the Solomon Islands, RAMSI) 2003 beendet wurde.

Ulufa'alu war 1976 erstmals auf der politischen Bühne erschienen. Er gründete die Gewerkschaft „Solomon Islands General Workers Union“, dessen Vorsitz er auch bei der Unabhängigkeit der Salomonen 1978 innehatte. Im vergangenen Jahr ernannte die Regierung unter Premierminister Sogarave ihn zum Finanzminister. Von diesem Amt trat er im Oktober

2006 aus gesundheitlichen Gründen zurück.

In den Nachrufen zu seinem Tod wurde Ulufa'alu als großer Visionär und Held bezeichnet, der voller Inspiration, Mut und Persönlichkeit neue Wege gegangen sei. So gründete er ebenfalls eine neue Partei, die „Solomon Islands Liberal Party“. (BBC, Asia Pacific, Radio Australia 25.05.07, RNZI 26.05.07)

## FIDSCHI

### EML verkauft Mine

Die Firma „Emperor Mines Ltd.“ hat ihre Anteile an Bergbauprojekten in Fidschi an die Westech Gold Property Ltd. verkauft. Betroffen sind von dem Verkauf die Goldmine in Vatukoula, ein Bergbauprojekt in Tuvatu und weitere Erkundungsbereiche, in denen Bodenschätze vermutet werden. Emperor Mines überließ Westech alle Anteile für den symbolischen Preis von 1 AUS Dollar, im Gegenzug verpflichtete sich Westech, alle Verbindlichkeiten von Emperor zu übernehmen.

Emperor gehört zu 78,9 % dem südafrikanischen Konzern „Durban Roodeport Deep Gold“ und befindet sich zurzeit in einem Umstrukturierungsprozess. Die Firma wird demnächst auch ihre Anteile (100 %) an der Tolukuma Goldmine und an der Porgeira-Mine (20 %) in Papua-Neuguinea verkaufen.

Seit 1933 gewann Emperor Gold in der Mine von Vatukoula am Mount Victoria (Viti Levu). Emperor-Direktor Brad A. Gordon begründete den Verkauf damit, dass die Mine nicht länger rentabel und die größte Goldader erschöpft sei. Dem widersprach Brian Wesson. Er und seine Frau Amelia haben erst kürzlich die australische Firma Westech gegründet. Wesson, der seit Anfang der 1990er Jahre in der Mine Vatu-

koula beschäftigt war, sagte, er kenne die Mine sehr gut.

Dagegen meldete Emperor für das Dezemberquartal einen Rückgang der Produktion auf 44.803 oz (= Ounce, britische Gewichtseinheit, entspricht 28,35 g), was einer Jahresrate von etwa 180.000 oz entspricht und die ursprünglich geplante Produktion von 375.000 oz weit verfehlt. Die Produktion in der Vatukoula Mine fiel auf 9.143 oz bei Nettoproduktionskosten von 978 \$/oz zurück, deshalb wurde die Mine am 5. Dezember 2006 stillgelegt. Ob Zufall oder Plan – darüber streiten sich externe Beobachter und die Medienvertreter - war dies derselbe Tag, an dem Franck Bainimarama (der jetzige Interims-Premierminister) die Macht im Staat übernahm. Zeitgleich mit der Schließung der Mine wurden alle 1.800 Minenarbeiter entlassen. Um Plünderungen der Mine und der Verwaltungsgebäude zu verhindern, hat die fidschianische Armee seit Januar des Jahres das gesamte Gelände hermetisch abgeriegelt. Mehrfach fanden Treffen zwischen Vertretern der Armee und den Vertretern der Emperor-Geschäftsführung statt, um über die weitere Vorgehensweise zu beraten und die Sicherheitslage zu diskutieren. Zurzeit befinden sich noch einige wenige Arbeiter auf dem Gelände. Sie sollen die Maschinen warten und die Anlagen instand halten, der Goldabbau wurde jedoch komplett gestoppt.

Eine baldige Wiedereröffnung der Mine ist nicht in Sicht. Westech muss sich zunächst mit dem Militär einigen. Von dem Arbeitsplatzverlust sind viele fidschianische Familien betroffen, da Emperor der größte Arbeitgeber in der Region Tavua war. (Islands Business 30.03.07, Flash d'Océanie 14.03.07, <http://www.goldseiten.de>, <http://www.emperor.com.au/>)

### Typhus-Epidemie fordert Opfer

Eine schwere Typhus-Epidemie im Norden des fidschianischen Archipels hat bereits zwei Opfer gefordert. Hunderte Menschen erkrankten, tausende sind gefährdet. Typhus ist zwar keine seltene Krankheit in Fidschi, doch die diesjährige Epidemie gilt als ungewöhnlich. Die Gesundheitsbehörden vermuten als Grund die Wasserverschmutzung nach heftigen Regenfällen. Um eine weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern, erließ die Gesundheitsbehörde ein Versammlungsverbot. Die Überschwemmungen und starken Niederfälle ließen auch die Rate anderer Krankheiten in die Höhe schnellen: 34 Fälle an hämorrhagischem Fieber (infektiöse Fiebererkrankung mit Blutungen, oft tödlicher Verlauf) und 22 Leptospirose-Kranke wurden gemeldet.

Typhus ist eine fieberhafte Infektionskrankheit mit starken Durchfällen, ausgelöst durch Salmonellen. Die Krankheit wird oral-fäkal übertragen, z.B. durch verunreinigte Nahrungsmittel oder verschmutztes Wasser. Unbehandelt kann die Krankheit tödlich verlaufen. 32 Millionen Menschen erkranken jährlich weltweit. (Flash d'Océanie 17.04.07, International Surveillance Report 08.05.07)

### 10 Jahre Partnerschaft

Ein Schüleraustauschprogramm zwischen Fidschi und Neukaledonien feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Einmal jährlich besuchen sich die Schüler der Suva Grammar School (Fidschi) und dem Collège de Canala (Neukaledonien) für einige Tage. Die Schüler wohnen in Gastfamilien und nehmen am Schulunterricht teil. Ziel des Austausches ist die Verbesserung der jeweiligen Sprachkenntnisse sowie das Kennenlernen der Kultur und Tradition. Für die fidschianischen Schüler

ist Französisch die erste Fremdsprache.

An der University in Lautoka (Fidschi) wurde zwischenzeitlich ein zweites Institut der „Alliance Française“ (AF) eröffnet. Die AF ist eine Einrichtung der französischen auswärtigen Kulturpolitik für Sprachunterricht, französische Medien (Filme, Bücher, CDs) und Kultur. Die AF gibt es bereits seit 20 Jahren in Suva.

AF-Direktor Eric Galmard hob die Bedeutung der französischen Sprache für den Pazifik hervor. Mit Vanuatu, Neukaledonien, Wallis und Futuna sowie Französisch-Polynesien gäbe es eine Vielzahl von Sprechern in der Region. Die Zukunft Ozeaniens läge im Handel und im Austausch zwischen den Kulturen und Ländern. (*Oceania Flash* 24.04.07)

### Seifenoper zu AIDS

Die erste Seifenoper zum Thema AIDS/HIV ging Ende April erstmals in Fidschi auf Sendung. Premiere hatte die Serie im „Village Six Cinema“ in Suva. Die zehnteilige Seifenoper mit dem Titel „Love Patrol“ wurde von der Theatergruppe „Wan Smolbag Theater“ aus Port Vila (Vanuatu) produziert, die sich pazifikweit einen Namen für aufklärende Theateraufführungen zu Themen wie häusliche Gewalt, Unterdrückung von Frauen, Bildung und Gesundheit gemacht hat. Das Wan Smolbag Theater reist seit 15 Jahren mit seinen selbst geschriebenen und produzierten Stücken quer durch die Region und führt diese meist open-air in Dörfern auf.

„Love Patrol“ wurde von der australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAid finanziert. Die Gelder kamen aus einem Topf für die Bildungsarbeit zu den Gefahren von AIDS, dem so genannten „Pacific Regional HIV Project“ (PRHP).

Die Serie spielt auf einer Polizeiwache in einer großen Stadt im Pazifik. (*Fiji Times, Flash d'Océanie* 24.07.07)

### NEUKALÉDONIEN WALLIS UND FUTUNA

#### † Lavelua Tomasi Kulimoetoke II

Am 7. Mai starb Tomasi Kulimoetoke II, der König der Insel Uve'a (Wallis) im Alter von 88 Jahren an den Folgen einer längeren Krankheit. Bereits zu den Neujahrsfeiern war Kulimoetoke bettlägerig, so dass der traditionelle Neujahrsempfang aller Titelträger und Würdenträger von Wallis und Futuna an seinem Krankenbett stattfinden musste. Die zeremoniellen Funktionen hatte er schon damals wegen seines schlechten Gesundheitszustandes an eine seiner Töchter übergeben.

Tomasi Kulimoetoke wurde am 26. Juli 1918 in Mata'Utu als Mitglied der königlichen Familie geboren. Am 12. März 1959 wurde er von der Versammlung der Adelsfamilien zum 50. Lavelua (entspricht dem „König“) gewählt. Obwohl die Inseln Wallis und Futuna mit ihren rund 15.000 Einwohnern seit 1961 französisches Überseegebiet sind, werden sie von innen her bis heute von traditionellen Königen regiert. Kulimoetoke wurde für seine gute Zusammenarbeit mit Frankreich 1967 mit dem Orden der Ehrenlegion und 1998 mit dem Nationalen Verdienstorden ausgezeichnet.

Der Lavelua hinterlässt sechs Kinder. Entsprechend der Tradition gibt es keine automatische Erbfolge, sondern nach Ablauf der sechsmonatigen Trauerzeit wird sein Nachfolger mit einer Wahl unter den führenden Adelsfamilien bestimmt. (*Oceania Flash* 07.05.07, Nachruf Lorenz Gonschor)

### MIKRONESIEN

#### † Tosiwo Nakayama

**FSM:** Der erste Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Tosiwo Nakayama, verstarb am 29. März im Medical Center West in Honolulu (Hawai'i) im Alter von 75 Jahren. Nakayama wurde am 23. November 1931 auf der Insel Piserach (Chuuk) geboren.

Der äußerst beliebte Politiker trug den Spitznamen „George Washington von Mikronesien“. Nakayama studierte u.a. in Hawai'i. Zeit seines Lebens hatte er wichtige politische Ämter in Chuuk (vormals Truk) inne.

Am 12. Juli 1978 erklärten die bisher unter der Verwaltung der Vereinten Nationen stehenden Gebiete in Mikronesien ihre Unabhängigkeit als Föderierte Staaten. Nakayama gilt als Gründungsvater der FSM. Yap, Chuuk, Pohnpei und Kosrae erlangten ihre Eigenstaatlichkeit im Mai 1979 und Nakayama wurde zum ersten Präsidenten dieses neuen Staatenbundes gewählt. Er diente bis 1987 in zwei Amtszeiten. Von 1987 bis 2003 war er in leitender Position bei der Bank of Guam in Chuuk beschäftigt, bis ihn mehrere Herzinfarkte ans Bett fesselten.

Nakayama war seit 1963 mit Miter Haruo aus Chuuk verheiratet. Das Paar hat elf Kinder, 29 Enkel und drei Urenkel.

(*The Kaselehlie Press* 02.04.07, <http://www.fsmpio.fm/PRESS/april07/nakayama.htm>)

#### Botschaft eröffnet

**FSM:** Die Föderierten Staaten von Mikronesien (FSM) haben eine Botschaft in Beijing (China) eröffnet. Seit dem 11. September 1989 unterhalten beide Länder diplomatische Beziehungen. Der ehemalige FSM-Präsident

Joseph J. Urusemal betonte, nach Jahren der erfolgreichen Kooperation sei nun die Zeit für eine eigene Botschaft seines Landes in China gekommen. Die Botschaft auf dem „Jianguomenwai Diplomatic Compound“ wurde am 25. April eingeweiht. Am 27. April wurde Carlson D. Apis als „Geschäftsträger“ (Chargé d'affaires) der FSM beim chinesischen Außenministerium akkreditiert. (Anmerkung: Ein Geschäftsträger ist innerhalb der diplomatischen Rangordnung unter den Botschaftern und den Gesandten einzuordnen.) Er war zuvor als Vizesekretär für die asiatischen Außenhandelsbeziehungen zuständig. Der neue Botschafter der FSM in Beijing heißt Kasio E. Mida, er war zuletzt Botschafter in Tokio (Japan). Chinas Botschaft befindet sich in der Hauptstadt Palikir auf Pohnpei. (*Pressemitteilung FSM 09.05.07, The Kaselehlie Press 16.05.07*)

## Neuer Präsident

**FSM:** Am 11. Mai wurde Emanuel Mori aus Chuuk zum siebten Präsidenten der Föderierten Staaten von Mikronesien gewählt. Mori ist im Pazifik unter dem Spitznamen „Manny“ bekannt. Er folgt Joseph J. Urusemal. Der 15. Kongress der FSM wählte zudem einen neuen Vizepräsidenten, Alik L. Alik aus Kosrae. Um keinen der vier zur Föderation zusammengeschlossenen Staaten zu benachteiligen, wurde Isaac V. Figir aus Yap zum Parlamentspräsidenten gewählt, sein Vertreter wurde Resio S. Moses aus Pohnpei. Die Amtszeit der gewählten Politiker beträgt vier Jahre. (*Flash d'Océanie 11.05.07, CIA Worldfactbook*)

## Online-Petition für Kompensationen

**Marshall-Inseln:** Atomtestgegner und Aktivisten von den Marshall-Inseln haben von Hawai'i aus im Internet eine Petitionsliste eingerichtet, in die sich Befürworter aus der ganzen

Welt online eintragen können. In der Petition wird unter anderem eine Erhöhung der US-amerikanischen Kompensationszahlungen für die Atomtestopfer auf den Marshall-Inseln gefordert. Eine der Verfasserinnen der Online-Eingabe an die amerikanische Regierung, Frau Elma Coleman, sagte, man wolle mit möglichst vielen Unterschriften die Amerikaner dazu bringen, das den Marshalliesen zugefügte Unrecht anzuerkennen.

In den 1940er und 50er Jahren hatten die Amerikaner 67 Atomtests auf den Atollen der Marshall-Inseln durchgeführt. Einige Atolle wurden dabei komplett zerstört bzw. unbewohnbar, die Bewohner wurden umgesiedelt. Viele Menschen wurden direkt vom radioaktiven Fall-out getroffen und sowohl sie als auch ihre Kinder und Kindeskiner leiden bis heute an den gesundheitlichen Spätfolgen der Testserie. Zwar leisteten die Amerikaner bereits Kompensationszahlungen mit Hilfe eines extra dafür eingerichteten Fonds, diesem sind jedoch die Gelder ausgegangen.

Die Unterzeichner der Petition befürworteten auch die Anerkennung der so genannten „Changed Circumstances Petition“ (CCP) durch die USA. Als die Amerikaner 1986 mit der Regierung der Marshall-Inseln über den „Vertrag zur freien Assoziierung“ (Compact of free association) verhandelten, waren die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Atomtests mangels wissenschaftlicher Untersuchungen noch nicht in vollem Ausmaß bekannt. Die Unterhändler des Vertrages waren deshalb übereingekommen, eine „Changed Circumstances Petition“ mit aufzunehmen, die den Marshalliesen höhere Kompensationszahlungen zusprechen sollte, sobald die Untersuchungen über die Folgen der Tests abgeschlossen sein würden. Die Regierung der Marshall-Inseln sah im Jahr 2000

diesen Fall eingetreten, nachdem eine Reihe von Untersuchungen vor allem die gesundheitlichen Spätfolgen bekannt gemacht hatte. Sie trat an den amerikanischen Kongress mit der Forderung heran, nun die Inhalte der CCP zu erfüllen, sprich in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur die Zahlungen an die Marshall-Inseln zu erhöhen. Bis heute verweigert der Kongress jedoch die Implementierung der CCP.

(<http://www.thepetitionsite.com/takeaction/527291025>, *Pacific Beat 11.05.07*)

## Mord an einer 10jährigen

**Arkansas/Marshall-Inseln:** Am 21. Oktober 2006 wurde in Springdale, einer Stadt im Bundesstaat Arkansas (USA), die Leiche eines 10jährigen Mädchens gefunden. Emiti Freddy war ursprünglich marschallesischer Herkunft und lebte bei ihrem Vormund, Abon Tili. Ihre Eltern wohnen auf den Marshall-Inseln. Bei der später durchgeführten Obduktion wurde festgestellt, dass das Mädchen durch Strangulation starb und Zeichen von sexuellem Missbrauch aufwies. Vormund Tili gab bei der Polizei an, am Abend des Mordes mit zwei Freunden in seiner Wohnung betrunken gewesen zu sein, infolge dessen er bewusstlos wurde. Deshalb belangte ihn die Polizei wegen Gefährdung des Kindeswohls und setzte seine Kautionshöhe auf umgerechnet 74.500 € fest. Dieses Angebot nahm er aber nicht wahr und verbringt seine Untersuchungshaft im Washington County Detention Center.

Am 08. Dezember wurde er auch des Mordes angeklagt. Das Verfahren wurde jedoch kürzlich vom 23. April auf den 9. Juli 2007 vertagt, um der Verteidigung die Chance zu geben sich auf den Prozess vorzubereiten. Dies war notwendig, da Tilis Englischkenntnisse zur Konversation mit seinem Anwalt nicht ausreichten und erst ein

Übersetzer engagiert werden musste.

Tilis Rechtsbeistand fragte nun bei der Staatsanwaltschaft an, ob sie die Todesstrafe oder eine lebenslange Freiheitsstrafe fordere. Diese erwiderte, dass sie in Betracht zieht, aufgrund der Schwere der Tat für die Todesstrafe zu plädieren. In Arkansas wird wie in einigen anderen Staaten der USA die Todesstrafe praktiziert. (Artikel von Praktikant Felix Ball. Yokwe 03.04.07, 25.10.06)

## Übergewichtige Insulaner

**Nördliche Marianen:** Rund 70 % der erwachsenen Bevölkerung der Marianen sind übergewichtig bzw. sogar fettleibig. Das gab die örtliche Gesundheitsbehörde jetzt bekannt. Die Studie zur Zahl der Übergewichtigen auf den Nördlichen Marianen war von einer Doktorandin der Universität von Arizona (USA) durchgeführt worden. Rachel Brownstein promoviert in Medizin mit einer vergleichenden Studie zu Übergewicht auf den Marianen und in den USA. Ihre Untersuchungsergebnisse waren von den lokalen Behörden bestätigt worden. Diese hatten daraufhin eine Gesundheitskampagne ins Leben gerufen, die vor allem den übermäßigen Fernsehkonsum der Insulaner eindämmen will. „Weniger TV, mehr Sport“ - so die Devise der Gesundheitsbehörde.

Die Nördlichen Marianen (engl. Commonwealth of the Northern Mariana Islands), ein Teilgebiet der Inselgruppe der Marianen, sind ein Außengebiet der USA, gelegen südlich von Japan und nördlich von Guam. Auf den 16 Inseln leben knapp 70.000 Menschen. (Saipan Tribune 15.05.07)

## POLYNESIEN

### WESTPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### † Malietoa Tanumafili II.

**Samoa:** Die 185.000 Einwohner Samoas trauern: Am 11. Mai verstarb im Alter von 95 Jahren der älteste Staatschef der Welt, Seine Hoheit Malietoa Tanumafili II., in einem Krankenhaus der Hauptstadt Apia. Der am 4. Januar 1913 geborene Malietoa war einer der wichtigsten Oberhäupter Samoas. Er stammte von einer der vier fürstlichen Familien Samoas ab und hielt den Titel „Malietoa“ inne, einer der beiden höchstrangigen Titel auf Samoa. Auch auf internationalem Parkett hatte sich das Staatsoberhaupt zahlreiche Meriten verdient. Malietoa war „Ritter Grand Cross“ des „Order of St. Michael and St. George“, er war „Commander“ des „Order of the British Empire“ sowie „Distinguished Companion“ des „New Zealand Order of Merit“.

Malietoa wurde mit der Unabhängigkeit Samoas von Neuseeland im Jahr 1962 gemeinsam mit Tupua Tamasese Mea'ole (dem Träger des anderen höchstrangigen Titels) zum Staatsoberhaupt auf Lebenszeit gewählt. Die Funktion dieses Amtes ist vergleichbar mit der des deutschen Bundespräsidenten. Bereits 1963 starb Mea'ole, so dass Malietoa bis zu seinem Tod allein regierte. Gemeinsam mit König Bhumibol von Thailand, Kubas Fidel Castro und der britischen Königin Elizabeth zählte er zu den dienstältesten Staatsschefs der Welt.

Malietoa gehörte der Bahai-Religion an. 1984 weihte er das „Haus der Andacht“ der Bahai in Tiapapata ein, acht Kilometer außerhalb von Apias Zentrum. Weltweit gibt es nur sieben Häuser der Andacht. Die Trauerfeier, der ein langer Trauerzug durch die Straßen Apias vorausgegangen war, leitete dennoch ein Christ: Erzbischof Alapati Mataeliga führte durch den ökumenischen Freiluftgottesdienst auf der Wiese vor dem Parlamentsgebäude. Ansprachen hielten der samoanische Premierminister Tuilaepa Lupefeso Sailele Malielegaoi und einer von Malietoas Söhnen. Es sang ein Chor mit 300 Sängern.

Zur Beerdigung am 18. Mai waren Staatsoberhäupter aus dem gesamten Pazifik angereist, unter ihnen der tonganische König Siaosi Tupou V und die neuseeländische Premierministerin Helen Clark. Malietoa wurde auf der Halbinsel Mulinu'u neben seinem Vater beigesetzt.

Malietoa war zweimal verheiratet. Mit seiner ersten Frau (gest. 1986) hat er drei Söhne und zwei Töchter. Er hinterlässt seine zweite Frau, Tiresa Patu Tauvela Hunter.

Die Gemeinschaft der Bahai hat anlässlich des Todes eines ihrer prominentesten Mitglieder weltweit Gedenkandachten abgehalten. In Deutschland fand am 27. Mai eine zentrale Gedenkveranstaltung im Forum Langenhain (Hofheim) statt, bei der der „Nationale Geistige Rat der Bahai in Deutschland“ auch über Leben und Wirken des Monarchen informierte.

Entsprechend der samoanischen Verfassung wird das nächste Staatsoberhaupt aus den Reihen der höchsten Titelträger auf fünf Jahre vom Parlament gewählt.

*Anmerkung:* Samoa war einst deutsche Kolonie. 1855 hatte das erste Handelshaus aus Deutschland einen Posten auf Samoa errichtet. Von 1900 bis zur Übernahme Samoas durch Neuseeland 1914 dauerte die deutsche Kolonialherrschaft. 1976 reiste Malietoa nach Deutschland und traf sich in Bonn mit dem damaligen Bun-

despräsidenten Walter Scheel, den er als „Freund“ bezeichnete. (diverse Artikel auf <http://www.wsamoa.ws> und im Samoa Observer, <http://www.bahai.de/presse/>, Nachruf von Lorenz Gonschor)

## Ausnahmezustand verlängert

**Tonga:** Bereits zum sechsten Mal hat die tonganische Regierung auf Anraten des Polizeiministeriums den Ausnahmezustand auf der Hauptinsel Tongatapu verlängert. Dieser gilt nun bereits ohne Unterbrechung seit dem Ausbruch der Gewalt Mitte November. Bei Zusammenstößen zwischen pro-demokratischen Protestierenden und den Sicherheitskräften des Königshauses waren acht Menschen ums Leben gekommen, Regierungsgebäude, Büros und Geschäfte in der Hauptstadt Nuku'alofa wurden geplündert und in Brand gesteckt.

Der erneut ausgerufenen Ausnahmezustand ist allerdings nicht mehr so streng wie bisher. So dürfen sich mit polizeilicher Genehmigung mehr als fünf Menschen an öffentlichen Orten zu politischen Zwecken versammeln. Die demokratische Bewegung unter Akilisi Pohiva hat die Verlängerung des Ausnahmezustands stark kritisiert. Es gäbe keine Krise mehr, so Pohiva.

Die demokratische Bewegung tritt für eine Reform des bestehenden Systems ein, vor allem für eine größere Transparenz im Staatswesen und eine bessere Vertretung der Bevölkerung im nationalen Parlament, in dem nur neun von 30 Abgeordneten direkt vom Volk gewählt sind. Die demokratische Bewegung hat sich jedoch nicht die Abschaffung der konstitutionellen Monarchie zum Ziel gesetzt. (Flash d'Océanie 16.05.07, RNZI 15.05.07)

## 12. Opfer im Irak

**Amerikanisch-Samoa:** Mit dem Tod des zwölften Soldaten im Irak beklagt Amerikanisch-Samoa die höchste Opferrate aller pazifischen Staaten, deren Soldaten beim britischen oder amerikanischen Militär Dienst tun. Unteroffizier Raymond Savaitasi diente in der US Army im Irak. Seine Beerdigung in der Hauptstadt Paga-Pago kam einem Staatsbegräbnis gleich. Die Fahnen hingen auf Halbmast. Zur Trauerfeier kam Gouverneur Togiola Tulafono persönlich, begleitet von zahlreichen Würdenträgern und Regierungsmitgliedern. Savaitasi hinterlässt seine Ehefrau und zwei Kinder.

Das Weiße Haus in Washington beziffert die Zahl der zivilen Opfer im Irakkrieg mit ca. 70.000. (Pacific Beat 10.05.07)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

### Edouard Fritch neuer Parlamentspräsident – gespaltene Regierungskoalition verliert absolute Mehrheit

Am 12. April kam es bei der routinemäßigen jährlichen Neuwahl des Präsidenten der Versammlung Französisch-Polynesiens erneut zu einer schweren Krise in der seit Januar regierenden pro-französischen Regierungskoalition.

Das Regierungslager zeigte sich gespalten und präsentierte zwei Kandidaten, Edouard Fritch, den Schwiegersohn des ehemaligen Präsidenten Gaston Flosse für die Tahoeraa-Partei, und Hiro Tefaarere, der letztes Jahr aus der Partei des damaligen Präsidenten Oscar Temaru übergelaufen war, als Kandidat der kleineren Koalitionspartner. Die Opposition dagegen stand geschlossen hinter der Kandidatur

von Antony Geros, der unter Temarus Präsidentschaft Versammlungspräsident gewesen war. Er erhielt im ersten Wahlgang eine relative Mehrheit von 26 Stimmen gegen 21 für Fritch, 8 für Tefaarere und zwei Enthaltungen.

In einem zweiten Wahlgang erhielt Geros erneut 26 Stimmen, Fritch aber nur noch 18 und Tefaarere 11, gegen zwei für den politisch neutralen Abgeordneten Philip Schyle, der seit letztem Jahr Versammlungspräsident war und sich erst in der zweiten Runde für eine erneute Kandidatur entschied.

Da erneut keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreicht hatte, kam es in der dritten Runde zu einer Stichwahl zwischen Geros und Fritch, die letzterer aber nur mit einer Stimme Vorsprung und einer nur relativen Mehrheit (28 gegen 27 Stimmen und zwei Enthaltungen) gewann. Einer der Regierungsabgeordneten hatte offensichtlich für Geros gestimmt.

Während die von Ex-Präsident Temaru geführte Opposition somit stark und geeint dasteht, befindet sich die Regierungskoalition von Präsident Gaston Tong Sang nur vier Monate nach ihrer Machtübernahme in einer schweren Krise. Es scheint sich ein Machtkampf zwischen der alten Garde unter Gaston Flosse, der nach wie vor den Parteiapparat der Tahoeraa kontrolliert, und einer heterogenen Gruppe jüngerer opportunistischer Politiker, die hinter Präsident Tong Sang stehen, abzuspielden, wobei letztere klar im Aufwind sind. Mit Fritchs Versammlungspräsidentschaft hält zwar die Flosse-Fraktion eine neue Trumpfkarte in der Hand, gleichzeitig laufen aber immer mehr Abgeordnete zur anderen Fraktion über. Unmittelbar nach der Abstimmung traten drei Tahoeraa-Abgeordnete von den Inseln unter dem Wind, Präsident Tong Sangs Heimatarchipel, (mutmaßlich die drei,

die in der zweiten Runde für Te-faarere gestimmt hatten) in die parlamentarische Gruppe der Juniorpartner ein, und wurden daraufhin aus der Tahoeraa-Partei ausgeschlossen. Auch ein Ausschluss oder Austritt Tong Sangs wurde mehrmals diskutiert, bislang aber noch nicht in die Tat umgesetzt. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quellen: *Tahitipresse*, *Tahiti Pacifique*)

### Sarkozy führt knapp vor Royal

Bei den französischen Präsidentschaftswahlen am 21. April und 5. Mai (jeweils einen Tag früher als in Frankreich) lag der gesamtfranzösische Gewinner Nicolas Sarkozy von der gaullistischen UMP auch in Französisch-Polynesien vorn.

Im ersten Wahlgang erhielt er 45,23 % der Stimmen, die sozialistische Gegenkandidatin Ségolène Royal 41,68 %. Dritter wurde wie in ganz Frankreich der liberale François Bayrou mit 7,15 %. Der rechtsextreme Jean-Marie Le Pen kam auf 1,90 %, Dominique Voynet von den Grünen auf 1,33 %. Die sieben anderen Kandidaten erhielten jeweils deutlich unter 1 %. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,12 %, was für Präsidentschaftswahlen seit Jahrzehnten einen Rekord darstellt.

Im zweiten Wahlgang erhielt Sarkozy 51,89 %, was gegenüber den 48,11 % für Royal als recht knapp anzusehen ist. Die Wahlbeteiligung war mit 74,81% noch deutlich höher als in der ersten Runde.

Bei der Analyse und Interpretation dieser Ergebnisse muss man zunächst bedenken, dass sich die meisten Polynesier, selbst die politisch pro-französischen, nicht primär mit Frankreich identifizieren. Insofern interessieren sie sich nur wenig für die politischen Programme der französischen Politiker. Gesamtfranzösische Wah-

len sind vielmehr im Kontext der lokalen Politik zu sehen. Letztendlich werden diese Wahlen von einheimischen Politikern dazu benutzt, ihren Einfluss vor Ort zu messen, indem sie einen bestimmten französischen Politiker unterstützen und dann dessen Stimmen als Stimmen für sich verbuchen.

Im Fall der diesjährigen Präsidentschaftswahlen unterstützten die pro-französischen Parteien der Regierungskoalition von Präsident Gaston Tong Sang (Tahoeraa, Te Niu Hau Manahune Ai'a Api, Rautahi) allesamt Sarkozy, was nicht verwunderlich ist, da der frühere Präsident Flosse jahrzehntelang hinter Chirac gestanden hatte. Die oppositionelle Koalition UPLD von Ex-Präsident Oscar Temaru dagegen stand geschlossen hinter Royal, von der sich Temaru eine kooperativere Haltung gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung erhoffte. Das Ergebnis der beiden Wahlrunden zeigt somit, dass sich die seit mehreren Jahren beobachtete Polarisierung der politischen Landschaft in zwei fast gleich große Lager weiter gefestigt hat. Bayrou wurde von den zwischen Regierungskoalition und UPLD neutralen kleinen Parteien Fetia Api und No Oe E Te Nunaa, unterstützt, und sein Ergebnis kann somit als Schätzwert des Stimmenanteils dieser Parteien angesehen werden. Dominique Voynet erhielt Unterstützung von der kleinen lokalen Grünen Partei Heiura-Les Verts (die Teil der UPLD ist und daher im Zweiten Wahlgang Royal unterstützte), und hebt sich somit in ihrer Stimmenzahl vor den anderen Splitterkandidaten deutlich ab. Le Pens sogar noch höheres Abschneiden, vor allen anderen Kandidaten ohne lokale Unterstützerpartei, stellt eine Anomalie dar, und lässt sich nur mit der hohen Zahl neu eingewanderter französischer Sieder erklären.

Auffällig ist an den Wahlergebnissen der zweiten Runde, dass Sarkozy nicht in allen tahitischen Gemeinden und nur auf

einigen der äußeren Inseln vorn liegt. Auf den Inseln über dem Wind (Tahiti und Moorea) führt Royal in der von Temaru geleiteten Gemeinde Faaa, ebenso wie in den Gemeinden Hitiaa O Te Ra, Papara, Paea und Moorea. Was die äußeren Inseln betrifft, so liegt Royal auf den Inseln unter dem Wind, den westlichen Tuamotu-Inseln, und den Marquesas-Inseln vorn. Letzteres verdient große Beachtung, denn auf all diesen Archipelen gewann bei den letzten Territorialwahlen die Tahoeraa. Bei den Nachwahlen im Februar 2005, die Temarus UPLD mit deutlicher Mehrheit gewann, durften die äußeren Inseln nicht mitwählen. Dass die gleichen Archipele jetzt mehrheitlich für die von Temaru favorisierte Präsidentschaftskandidatin stimmten, kann als Anhaltspunkt dafür gesehen werden, dass sich die UPLD auf den äußeren Inseln fest etabliert hat, auch wenn ihr Stern auf Tahiti bereits schon wieder am Sinken zu sein scheint. Besonders interessant ist die Tatsache, dass Royal auch auf Bora-Bora, der Heimatinsel von Präsident Tong Sang, hauchdünn in Führung liegt.

Die Spitzen der Tahoeraa-Partei (Flosse und Fritch) zeigten sich schwer enttäuscht von der nur knappen Mehrheit Sarkozys, und nahmen das schwache Abschneiden von Sarkozy auf den äußeren Inseln zum Anlass, erneut Tong Sang und die Koalitionspartner von den äußeren Inseln scharf zu kritisieren und ihnen politische Unentschlossenheit vorzuwerfen. (Artikel von Lorenz Gonschor, *Hawai'i*. Quellen: *Tahitipresse*, *Tahiti Pacifique*)

## HAWAI'I

### Einigung im Rechtsstreit um Kamehameha-Schule

Mitte Mai kam es in dem seit vier Jahren andauernden Rechtsstreit um die Aufnahme eines nicht-hawaiischen Schü-

lers in die Kamehameha-Schule zu einer außergerichtlichen Einigung. Gegen die Zahlung einer nicht veröffentlichten hohen Geldsumme gaben die Kläger ihre im März eingereichte Revisionsklage vor dem obersten US-Gerichtshof auf. Im letzten Jahr hatte ein US-Bundesbezirksgerichtshof zugunsten der Schule entschieden.

In dem Rechtsstreit ging es um einen namentlich nicht identifizierten Schüler nicht-hawaiischer Abstammung, dem die Einschulung in die renommierte Kamehameha-Schule verweigert worden war, da die Schule grundsätzlich nur Schüler hawaiischer Abstammung aufnimmt. Eine Gruppe politisch motivierter rechtsextremer amerikanischer Anwälte, die seit Jahren versuchen, mithilfe systematischer Gerichtsklagen alle Institutionen und Sozialprogramme zugunsten einheimischer Hawaier juristisch zu attackieren, weil diese angeblich „rassisch diskriminierend“ gegen Nichteinheimische seien, verklagte die Schule im Namen des Schülers. Seit 2003 wurde die Klage von verschiedenen lokalen und amerikanischen Gerichten bearbeitet, wobei mit einer Ausnahme die Richter stets zugunsten der Schule entschieden hatten.

Die nach Hawaiis erstem König benannte Kamehameha-Schule wurde 1887 nach dem Willen von Prinzessin Pauahi, der größten Landbesitzerin im Königreich Hawai'i, gegründet, die in ihrem Testament verfügte, ihr Vermögen für die Bildung hawaiischer Kinder zu stiften. Auch wenn die Schule nach der US-Annexion Ende des 19. Jh. ähnlich wie alle Institutionen Hawaiis weitgehend gleichgeschaltet wurde, hat sie sich in den letzten Jahrzehnten zu einer angesehenen hawaiischen Institution entwickelt. Während hawaiische Schüler an den meisten anderen Bildungseinrichtungen schlecht abschnei-

den, erreichen die Kamehameha-Schüler gewöhnlich Spitzenleistungen. Praktisch die gesamte intellektuelle Elite des hawaiischen Volkes erhielt dort ihr Abitur.

Die Kläger hatten argumentiert, dass die auf Pauahis Testament zurückgehende Bevorzugung hawaiischer Schüler eine rassistische Diskriminierung darstellt und damit gegen die Prinzipien der US-Verfassung verstößt. Da die Schule aber unter dem unabhängigen Königreich vor der US-Annexion gegründet wurde, wurde von Verteidigern der Schule argumentiert, dass man US-Recht in diesem Fall gar nicht anwenden könne, zumal die Legitimität der US-Herrschaft über Hawai'i generell juristisch umstritten ist.

Durch die Einigung ist die Klage nun endgültig vom Tisch, zumal der Schüler mittlerweile sein Abitur von einer anderen Schule erhalten hat. Die Anwaltsgruppe will aber von ihren Attacken nicht ablassen. Einer der Anwälte richtete einen Aufruf an alle nicht-hawaiischen Eltern mit schulpflichtigen Kindern in Hawai'i, eine Sammelklage gegen die Schule einzureichen, wofür er kostenlose Rechtsberatung anbot. Ein Ende der Klagewelle ist somit nicht abzusehen, auch wenn es für eine neue Klage erneut etwa vier Jahre dauern wird, bis sie vor dem obersten Gerichtshof angekommen sein wird. *(Artikel von Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Honolulu Advertiser, eigene Recherchen)*

## AOTEAROA/NZ.

### „Anti-Prügel-Gesetz“ verabschiedet

Das neuseeländische Parlament hat das so genannte „Anti-Smacking Bill“ mit 113 zu sieben Stimmen verabschiedet. Das Gesetz ersetzt Paragraph 59 des Verbrechenschutzgesetzes. Es sieht vor, dass Eltern,

die grobe Gewalt gegen ihre Kinder ausüben, sich nicht mehr wie bisher vor Gericht „angemessen verteidigen“ können. Als grobe Gewalt listet das Gesetz z.B. das Schlagen von Kindern mit Stöcken, Peitschen oder Gürteln auf. „Leichte“ Formen der Gewalt wie ein Klaps auf den Hintern o.ä. kann das Gesetz nicht verbieten, erläutert Winston Peters von der New Zealand First Party.

Nach bisher geltendem Recht konnten Eltern gegen ihre Kinder eine gewisse Gewalt anwenden, ohne dafür belangt zu werden. „Eine Tracht Prügel“ galt als gängige Erziehungsmethode. Eltern, die wegen Gewaltausübung gegenüber ihren Kindern vor Gericht erscheinen mussten, konnten sich daher leichter rechtfertigen.

Parlamentarierin Sue Bradford von den Grünen hatte das Gesetz bereits vor zwei Jahren auf den Weg gebracht. Zahlreiche Proteste der Bevölkerung und ein Parteienstreit hatten die Verabschiedung bisher verhindert. So protestierten Elternverbände gegen das Gesetz, da es Eltern kriminalisiere, die „leichte Gewalt“ als Erziehungspraxis akzeptierten. Gerade für viele der in Neuseeland ansässigen ethnischen Gruppen aus dem Pazifik sei eine Ohrfeige nicht gleich ein Kindesmissbrauch, hieß es bei landesweiten Demonstrationen. Nach einer Umfrage von „Family First New Zealand“ finden nur 18 % der Bevölkerung das neue Gesetz „angemessen“. *(BBC News 16.05.07, NZ Herald 28.03.07, 16.05.07)*

**INDONESIEN  
WESTPAPUA  
TIMOR LORO SAE**

### Größter Empfänger von Entwicklungshilfe

**Indonesien:** Indonesien hat Papua-Neuguinea an der Spitze der Länder abgelöst, die Entwicklungshilfegelder von Australien kassieren. Drei Jahrzehnte lang hatte Papua-Neuguinea die größte finanzielle Unterstützung von seinem Nachbarn erhalten. Die australischen Entwicklungshilfegelder für PNG steigen in diesem Jahr von 334 Millionen AUS \$ auf 355 Millionen AUS \$, also lediglich um 21 Millionen. Dagegen erhält Indonesien nun statt wie bisher 328 Millionen AUS \$ ganze 460 Millionen, also 132 Millionen Dollar mehr. Insgesamt beträgt die australische „Finanzspritze“ an Indonesien und die Länder Südostasiens 970 Millionen AUS \$, Papua-Neuguinea und der Pazifik erhalten 872 Millionen AUS \$.

Der australische Premier John Howard hatte bekannt gegeben, dass PNG nun nicht mehr an Nummer 1 der Empfängerländer stünde. In etlichen Radiointerviews hatte sich der neuguineische Minister Sir Peter Barter kritisch zu den plötzlichen „Sparmaßnahmen“ der Australier geäußert. Es würde Zeit, dass Australien seine paternalistische und einseitige Sichtweise auf die Nachbarinsel aufgäbe. Die australische Regierung betone stets nur die Probleme seines Landes wie die steigende AIDS-Rate, die Korruption und das mangelnde Wirtschaftswachstum, bemängelte Barter. Australien sei zwar ein „naher Freund“, aber die väterliche Art, wie der Kontinent seinen kleineren Nachbarn zu kontrollieren versuche, sei nicht mehr tragfähig. Barter spielte dabei vor allem auf Downers Aussagen an, man müsse dringend Familienplanungspro-

gramme in Neuguinea einführen, um die hohe Geburtenrate zu verringern. Traditionell habe es in Neuguinea schon immer Großfamilien gegeben, konterte Barter, und die Regierung des unabhängigen Staates PNG könne durchaus eigene Entscheidungen zum Wohle ihres Volkes treffen. (*Post-Courier* 14.05.07)

### Eintrag ins Guinness-Buch

**Indonesien:** Indonesien ist ab sofort mit einem traurigen Negativrekord in der neuesten Ausgabe des „Guinness-Buch der Rekorde“ verzeichnet: Das Land mit seinen rund 220 Millionen Einwohnern zerstört seinen Wald schneller als jedes andere Land der Welt. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 wurden jedes Jahr 1,8 Millionen Hektar Wald abgeholzt. Das sind fünf Fußballfelder pro Minute, oder auch 4.900 Hektar pro Tag. Auf den kahlgeschlagenen Regenwaldflächen wurden und werden riesige Palmöl-Plantagen errichtet. Das Palmöl wird auch nach Europa geliefert und dient als Grundlage für Nahrungsmittel, Kosmetika und Bio-Sprit. Die Nachfrage nach diesem (nur scheinbar) sauberen Treibstoff sowie der weltweite Verbrauch von Holz und Papier treiben die Abholzung weiter voran. Die Brandrodung für Palmöl hat Indonesien mittlerweile zum drittgrößten CO<sup>2</sup>-Verursacher weltweit gemacht.

72 % der Regenwälder Indonesiens sind bereits unwiderruflich verloren. Das erschließt sich aus dem aktuellen Weltwaldbericht der Welternährungsorganisation FAO (Food and Agriculture Organization), wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace bekannt gab. (*Greenpeace* 17.03.07, [www.sonnenseite.com](http://www.sonnenseite.com) 06.05.07)

### Ramos-Horta neuer Präsident

**Osttimor:** Der neue Präsident von Osttimor (Timor Loro Sae, dt. „Land der aufgehenden Sonne“) heißt José Manuel Ramos-Horta. Er folgt dem bei der Bevölkerung äußerst beliebten Xanana Gusmão, einem ehemaligen Guerilla-Kämpfer, der das Land seit der Unabhängigkeit vor fünf Jahren geführt hatte.

Der parteilose Ramos-Horta konnte sich erst im zweiten Wahlgang gegen seinen Konkurrenten, Parlamentssprecher Francisco Guterres von der linken Regierungspartei Fretilin, durchsetzen.

Im ersten Wahlgang am 9. April waren acht Kandidaten angetreten. Da keiner die erforderliche absolute Mehrheit erreichte, war die Stichwahl zwischen Ramos-Horta und Guterres nötig geworden. Sie fand am 9. Mai statt. Der unter Gusmão als Premierminister tätige Ramos-Horta gewann klar mit 69 % der abgegebenen Stimmen. Seine Amtszeit beträgt nun fünf Jahre. Für den 30. Juni sind die Parlamentswahlen angekündigt, bei denen Gusmão als Premierminister kandidieren will.

Der am 26. Dezember 1949 in Dili geborene Ramos-Horta ist studierter Jurist und Friedensforscher. 1974 gehörte er zu den Mitbegründern der „Associação Social Democrática Timorese“ (Timoresische Sozialdemokratische Assoziation), aus der später die Fretilin hervorging. Als Indonesien Osttimor besetzte, ging Ramos-Horta für 24 Jahre ins Exil nach Amerika. Von 1976 bis 1986 war er ständiger Vertreter der Fretilin bei der UNO und kämpfte hier für die Unabhängigkeit Osttimors. Zudem war er offizieller Sprecher von Xanana Gusmão, der den bewaffneten Kampf gegen die indonesischen Truppen anführte. Durch seine Arbeit wurde José Ramos-Horta zum interna-

tional bekanntesten Fürsprecher für die Freiheit Osttimors. 1988 trat er aus der Fretilin aus, um im neugegründeten Dachverband des osttimoresischen Widerstands CNRT unparteiisch agieren zu können.

1996 teilte sich José Ramos Horta den Friedensnobelpreis mit seinem Landsmann Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo.

Die Wahlen standen unter UN-Beobachtung. Rund 1.200 Soldaten einer Friedenstruppe unter australischer Führung hatten mit Unterstützung von UN-Wahlpersonal den reibungslosen Verlauf der Wahl gewährleistet. Die Australier engagieren sich seit April 2006 in Osttimor. Damals war es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden militärischen Fraktionen in der Hauptstadt Dili gekommen. 40 Menschen starben, über 150.000 Menschen flohen aus der Stadt. (BBC 09.05., 11.05.07, Flash d'Océanie 11.05.07, <http://www.osttimor.de>)

## AUSTRALIEN

### Zuwanderung erschwert

Das australische Parlament verabschiedete am 1. März 2007 ein Gesetz, dass dem Geheimdienst „Australian Security and Intelligence Organization“ (ASIO) ein eigenes Vetorecht bei den Einbürgerungsanträgen einräumt. Demnach kann einem Einwanderer die australische Staatsangehörigkeit verweigert werden, wenn der ASIO den Antragsteller als Sicherheitsrisiko einstuft. Dies kann etwa der Fall sein, wenn ein Einbürgerungswilliger Mitglied in einer radikalen Vereinigung ist oder ein islamischer Geistlicher, der eingebürgert werden will, radikale Predigten hält.

Bislang musste man sich zwei Jahre im Land aufhalten, bevor

man die australische Staatsbürgerschaft beantragen konnte. Diese Frist wurde auf vier Jahre verlängert. Die Altersgrenze für den obligatorischen Englisch-Sprachtest wurde von 50 auf 60 Jahre angehoben. Sollte der Bewerber falsche Angaben gemacht haben, kann die australische Regierung nachträglich die bereits verliehene Staatsbürgerschaft wieder aberkennen. Längerfristig plant die Regierung auch, Einwanderer zu einem allgemeinen Wissenstest über Australien zu verpflichten. Nur wer bei einem derartigen Test eine Mindestpunktzahl erreicht, soll künftig eingebürgert werden. Dies soll noch in diesem Jahr im Parlament beraten werden.

Der zuständige Minister Kevin Andrews (Minister for Immigration and Citizenship) erklärte, die Änderungen seien nötig, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. (<http://www.asio.gov.au/>, <http://www.focus-migration.de>)

### Größter Bio-Anbauer weltweit

Mit 11,8 Millionen Hektar verfügen Australien und einige Inseln Ozeaniens über die weltweit größte biologisch bewirtschaftete Fläche. In Australien handelt es sich dabei überwiegend um trockenes Extensivgrünland.

Im Vergleich dazu werden in Europa 6,9 Millionen Hektar Anbaufläche nach den Kriterien einer biologischen Wirtschaftsweise genutzt. Laut einer Statistik der Stiftung „Ökologie & Landbau“ ist der afrikanische Kontinent mit nur 0,9 Millionen Hektar Biofläche absolutes Schlusslicht.

Die positive Entwicklung der biologischen Landwirtschaft ist weltweit beeindruckend. Leistungsschauen der Bio-Marken, z.B. bei der Messe „Bio-Fach“ Anfang des Jahres in Nürnberg, sind ein deutliches Signal dafür,

dass die biologische Landwirtschaft von weltweitem Interesse ist. Die Umsätze mit Bio-Lebensmitteln stiegen allein in den Jahren 2002 bis 2006 um 43 % von 17,8 Mrd. Euro auf knapp 32 Mrd. €. Die weltweit biologisch bewirtschaftete Fläche wuchs auf 31 Millionen Hektar an. Global arbeiten über 630.000 landwirtschaftliche Betriebe nach den Regeln des Biolandbaus. (<http://www.soel.de/>, <http://www.lebensministerium.at>)

### Adipositas-Befragung

Die australische Regierung will den Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit (Adipositas) speziell bei Kindern und Jugendlichen zur gesundheitspolitischen Priorität im Jahr 2007 machen. In den kommenden Monaten sollen rund 4.000 Kinder und Jugendliche im Alter von zwei bis 16 Jahren nach ihren Ess- und Sportgewohnheiten gefragt werden. Die Befragung wird in rund 230 Städten Australiens zu Hause bei den Familien persönlich durchgeführt von Mitarbeitern der Aktion „The Kids eat, Kids play“. Gefragt werden soll auch, was Kinder beeinflusst, bestimmte Nahrungsmittel auszuwählen. Von den Ergebnissen erhofft sich das Gesundheitsministerium Aufschlüsse, warum immer mehr junge Patienten an Adipositas leiden und wie Ärzte bei der Problembewältigung helfen können.

Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet von der Australian National University in Canberra. Die Ergebnisse sollen Ende 2007 vorliegen. Ein Regierungssprecher kündigte an, man werde dann in Kooperation mit den Ärzten eine Strategie entwickeln, wie man Kinder und Jugendliche zu einer gesunden Ernährungs- und Lebensweise motivieren könne.

Dem australischen Diabetes-Report zufolge sind zurzeit 3,2

Millionen Einwohner (das entspricht 16 % der Gesamtbevölkerung) fettleibig, Diese Zahl werde sich in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich verdoppeln, wenn sich die Ernährungsgewohnheiten der Australier nicht grundlegend ändern. Weil sich indigene Völker in Nord- und Südamerika, Asien, Australien und auf den pazifischen Inseln immer rascher den westlichen Ernährungsgewohnheiten anpassen, sind sie besonders anfällig für die Typ-2-Diabetes. Eine der größten Risikofaktoren für diese Art der Zuckererkrankung ist Fettleibigkeit. Adipositas belastet nicht nur die Gesundheit der betroffenen Patienten, sondern auch die öffentlichen Kassen des Landes: Mit 21 Milliarden AUS Dollar übersteigen im Jahr 2006 die Folgekosten der Fettleibigkeit die Ausgaben für die Gesundheitsvorsorge um das Doppelte, wie eine dem Parlament vorgelegte Studie beweist. (*Deutsches Ärzteblatt 06.03.07, Australien Newsletter März 2007*)

### Keine Einwanderung für HIV-Kranke?

Einwanderern und Asylanttragstellern mit dem HI-Virus solle die Einreise nach Australien verwehrt bleiben. Das forderte der australische Premierminister John Howard anlässlich einer Dienstreise in den Bundesstaat Viktoria. Dort verzeichnet man einen gravierenden Anstieg von AIDS/HIV-Erkrankten. Die Gesundheitsbehörde von Viktoria macht für die Ausbreitung von AIDS in ihrem Bundesstaat Einwanderer aus Übersee verantwortlich sowie Australier, die nach Auslandseinsätzen wie etwa in Papua-Neuguinea nach Australien zurückkehren.

Ein Verbot der Einwanderung von AIDS-Kranken würde eine Gesetzesänderung des Bundesgesetzes bedeuten. Die strengen Einwanderungsregeln verwehren bereits jetzt die Ein-

wanderung von Menschen, die an Tuberkulose erkrankt sind. Ein Mitarbeiter des Gesundheitsamtes erklärte, die Infektionskrankheit Tuberkulose sei nicht mit AIDS zu vergleichen. Sie übertrage sich über die Luft als Tröpfcheninfektion und sei ansteckend, wohingegen AIDS sich nur im direkten Kontakt mit Körperflüssigkeiten überträgt. Tuberkulose gefährdet damit die Gesundheit der gesamten Bevölkerung. Die australischen Gesundheitsbehörden haben bisher AIDS nicht als Gesundheitsrisiko für die Gesamtbevölkerung eingestuft, obwohl die Infektionsrate zwischen 2000 und 2005 um 41 % stieg.

Der seit elf Jahren amtierende John Howard ist bekannt für seine rigide Einwanderungspolitik. Der „Nationale AIDS Fonds“ bezeichnete Howards Vorschlag als „illegal, diskriminierend und ineffektiv“.

Länder wie Kanada und China praktizieren bereits den Ausschluss von Einwanderern, die am HI-Virus erkrankt sind. (*The West Australian 15.04.07, BBC News 13.04.07*)

### „TOK BLONG PASIFIK“

#### Politische Sticheleien

**Australien:** Der australische Senator Bill Heffernan (Liberal Party) hat einen Sturm der Entrüstung in den Medien ausgelöst. Bereits zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres warf er der Vizevorsitzenden der Labor Partei, Frau Julia Gillard, vor, eine Frau ohne Kinder und Familie habe keine Ahnung von den Interessen der Bevölkerung. Eine „mit voller Absicht unfruchtbare Frau kann unser Land nicht regieren“, so Heffernan im Magazin „The Bulletin“. Der 64-jährige Senator sagte weiter, wer ein wahrer Führer seines Volkes sein wolle, müsse

auch die Gemeinschaft verstehen. Gemeinschaft heiße Familie und die Beziehung zwischen „Mum, dad and a bucket of nappies“, so Heffernan.

Die 45-jährige Gillard zeigte sich relativ unbeeindruckt von den harschen Vorwürfen. Sie sei eine moderne Frau und moderne Frauen wüssten heute Bescheid über die Wahlmöglichkeiten zwischen Kindern und Karriere. Heffernan sei ein ‚Hinterwälder‘, der in der Vergangenheit lebe, konterte Gillard.

Heffernan und Gillard haben mit ihren Aussagen die öffentliche Debatte um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Australien neu belebt. Der renommierte Nachrichtensender BBC News veröffentlichte sogar einen online-Fragebogen zu dem Thema, der auf große Resonanz seitens der Bevölkerung stieß. (*BBC News 10.05.07, news.com.au 02.05.07*)

#### Rangelei am Check-In-Schalter

**Neuseeland:** Wie Zeugen berichten, gab es am Flughafen Auckland heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Vertreter der britischen Königin Elisabeth II, Sir Frederick Goodwin, und dem Konsul der Cook-Inseln, Bill Teariki.

Der Abgeordnete habe den Konsul geschubst, heißt es von Seiten zahlreicher Augenzeugen, die das Geschehen beobachtet haben. Das ganze ereignete sich, als Teariki versuchte, Goodwin zu beschwichtigen. Dieser meinte, als Inhaber seines Amtes am Check-In Schalter nicht warten zu müssen. Später stellte sich heraus, dass der Vertreter ihrer Majestät nicht einmal geschäftlich, sondern privat unterwegs war. Der Disput ging so weit, dass eine Angestellte der Fluggesellschaft Air New Zealand schon die Polizei alarmieren wollte, jedoch löste Teariki das Problem

schließlich und brachte Goodwin wieder zur Gesinnung.

Dieser Vorfall wurde zwar nicht offiziell bestätigt, jedoch gibt es weiterführende Informationen, denen zufolge der Konsul später Goodwin das Gepäck trug und beim Einchecken half. Dies war anscheinend eine Wiedergutmachung dafür, dass er Goodwin in seiner Rage unterbrochen hatte. (Artikel von Praktikant Felix Ball. Quelle: *The Cook Islands Herald*, 31.03.07)

## Kostenlose Umarmungen

**Australien:** Julian Mann ist 25 Jahre alt und bereits ein erfolgreicher Geschäftsmann. Vor drei Jahren kehrte er nach der Scheidung seiner Eltern aus Europa in seine australische Heimat zurück. Geschockt von der „sozialen Kälte und Entwurzelung“ (Zitat) hatte Mann eine ungewöhnliche Idee: Er malte sich ein Pappschild mit der Aufschrift „Free Hugs“ (kostenlose Umarmungen) und stellte sich damit in ein Einkaufszentrum in der Pitt Street in Sydney. Nach zögerlichen Anfängen ließen sich immer mehr Menschen von Mann umarmen und trösten. Dieser sammelte die Umarmungen auf einem Videofilm und stellte das Filmchen in das kostenlose Internetportal YouTube. Bereits fünf Tage nach der Veröffentlichung war der Spot über sieben Millionen Mal angeklickt worden. Dann lief das Video im Fernsehen bei „Good Morning America“, einem der wichtigsten TV-Formate in den USA. Bis heute haben Fans der Aktion über 14.000 Kommentare zu dem Video abgegeben und es auf Platz sechs der beliebtesten YouTube-Videos überhaupt kaputtgeliert. Juan Mann wurde sogar von US-Talk-Star Oprah Winfrey in ihre Sendung eingeladen.

Aus Manns Aktion ist inzwischen eine weltweite Kampagne geworden, siehe dazu die Seite [www.freehugscampaign.org/](http://www.freehugscampaign.org/). In

den USA, in Israel, sogar in China verabreden sich Leute über das Internet und treffen sich auf öffentlichen Plätzen. Sie tragen ein Schild mit der Aufschrift „Free Hugs“ und umarmen sich. Für die Umarmungen gibt es jedoch auch strenge Regeln: Die Umarmenden dürfen weder Namen noch Kontaktdaten an die Umarmten weitergeben, auch private Verabredungen und Beziehungen sind verpönt. (Tagesspiegel 1.12.06, Wikipedia, *Australien Info Mai 2007*, YouTube „Free hugs“)

## TV-Serie „Schiffbrüchig“ erfolgreich

Fünf Monate auf einer einsamen Insel – ein Abenteuer, ohne die Vorzüge des modernen Lebens. Eigentlich unvorstellbar für einen Menschen aus dem Norden, so lange auf einer einsamen Insel auszuharren. Aber es gibt Leute, die das als „absolut toll“ bezeichnen, so die Engländerin Elisa McNally, Teilnehmerin an der britischen Fernsehshow „Shipwrecked“ („Schiffbrüchig“).

Zwar fehlten ihr Dinge des täglichen Lebens, wie ein Fernseher oder ein Telefon, aber nichtsdestotrotz schwärmte sie von dem tropischen Klima, weißen Sandstränden mit Palmen und kristallklarem Wasser sowie von verschiedenfarbigen Korallen und tropischen Fischen. Diese würden dauerhaft in ihrer Erinnerung bleiben.

„Shipwrecked“ ist eine Fernsehsendung, die in Großbritannien, mittlerweile aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, ausgestrahlt wird. In jeder der vier bisher ausgestrahlten Staffeln wurde eine bestimmte Anzahl von Kandidaten auf ein einsames Eiland der Cook-Inseln geschickt. Die einzige Ausnahme bildete die dritte Staffel, in welcher die Teilnehmer auf Fidschi waren. Es war ihre Aufgabe ohne fremde Hilfe

zu überleben, indem sie Nahrung und Getränke selbst beschafften.

In den ersten drei Staffeln gab es kein Preisgeld, es ging nur um ein „soziales Experiment“, so die Macher. Die vierte Episode wurde komplett neu konzipiert, es gab nun ein Preisgeld von umgerechnet 103.000 €. Es wurden zwei Teams aus jeweils fünf Personen gebildet, denen je eine eigene Insel zugewiesen wurde. Jede Woche kam ein neuer Kandidat hinzu, der sich zwischen den beiden konkurrierenden Teams entscheiden musste. Während des Spiels konnten die Teilnehmer auf die andere Insel wechseln, wobei dieser Vorgang pro Spieler nur zweimal vollzogen werden konnte. Ebenso konnte ein Team nur einen Teilnehmer pro Woche aufnehmen, der dieser Gruppe durch Inselwechsel beitreten wollte. Jene Mannschaft, die am Ende der Staffel mehr Mitglieder hatte, gewann das Spiel und somit das Preisgeld.

Eine fünfte Staffel läuft bereits seit Januar dieses Jahres, die Regeln sind die gleichen wie in der Vorhergehenden. (Artikel von Praktikant Felix Ball. *The Cook Islands Herald*, 14.04.07)

## SPORT

### Pini bei Schwimm-WM

**Australien:** Der neuguineische Schwimmer Ryan Pini hat an den 12. Schwimmweltmeisterschaften im australischen Melbourne vom 17. März bis zum 1. April 2007 teilgenommen. Er trat in der Disziplin „50 Meter Butterfly“ an und kam in den Vorläufen mit 24,02 Sekunden auf den 12. Platz. Den 1. Platz im Vorlauf erreichte der Amerikaner Ian Crocker mit 23,30 Sekunden. Mit seiner Zeit konnte sich Pini auch für das Halbfinale qualifizieren. Hier erreichte er mit

24,10 Sekunden den 11. Platz. Da nur die ersten acht Schwimmer ins Finale weiterkamen, war für Pini das Ende der Schwimm-WM erreicht.

Allein die Tatsache, dass sich ein neuguineischer Schwimmer für die Teilnahme an der Weltmeisterschaft qualifiziert hat, verdient Beachtung. Pini ist einer der größten Sportler der Insel. Er wurde 2003, 2004, 2005 und 2006 zum „Sportler des Jahres“ in Papua-Neuguinea ernannt. Der gebürtige Neuguineer wurde am 10. Dezember 1981 geboren. Heute trainiert er im australischen Brisbane und schwimmt für den „Yeronga Park Swim Club“.

Pini konnte sich sportlich stark steigern. Wurde er bei den Olympischen Spielen im Sommer 2004 über 100 Meter Butterfly noch 18ter, gewann er zwei Jahre darauf bei den Commonwealth Games in Melbourne in der gleichen Disziplin mit 52,64 Sekunden eine Goldmedaille. Es war zugleich die erste Medaille, die jemals für PNG im Schwimmsport bei einer internationalen Großveranstaltung errungen wurde.

(<http://www.melbourne2007.com.au>,  
<http://www.omegatiming.com/swimming/racearchives/2007>, Wikipedia)

### Vorbereitung der „South Pacific Games“

**Samoa:** Vom 25. August 2007 bis zum 8. September finden in Samoa die „South Pacific Games“ (SPG) statt. Die pazifischen Sportler werden sich in den unterschiedlichsten Disziplinen messen, wie z.B. Leichtathletik, Badminton, Baseball, Beach-Volleyball, Hockey, Fußball, Judo, Crickets, Segeln, Surfen, Schwimmen, (Tisch-)Tennis, Gewichtheben, Taekwondo u.a..

Die SPG wurden erstmals 1963 in Suva (Fidschi) ausgetragen. Der Ablauf dieses pazifikweit größten sportlichen Wettbe-

werbs ist eng an den Ablauf bei den Olympischen Spielen angelehnt. Es gibt eine feierliche Eröffnungszeremonie mit dem Einzug der Fahmentragenden Athleten, Siegerehrungen auf dem Treppchen, Siegesfeiern und eine große Abschlussveranstaltung. Die SPG finden im vierjährigen Turnus statt, die letzten Spiele waren 2003 in Fidschi. Sie werden ausgerichtet vom „Pacific Games Council“ (PGC) unter dem derzeitigen Vorsitz von Vidhya Lakhan (Fidschi). Die Mitgliedsländer des PGC sind: Amerikanisch-Samoa, Cook-Inseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Fidschi, Französisch-Polynesien, Guam, Kiribati, Marshall-Inseln, Nauru, Neukaledonien, Niue, Norfolk, Nördliche Marianen, Palau, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen, Tonga, Tuvalu, Vanuatu sowie Wallis und Futuna.

(<http://www.sportingimpulse.com>, Wikipedia)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### Die Kirchen und der Wahlkampf

Der Wahlkampf zu den Parlamentswahlen in Papua-Neuguinea macht auch vor den Kirchen nicht halt. Als große und einflussreiche Institutionen werden sie mit allerlei Wahlversprechen umgarnt. So hat z.B. Peter Yama von der People's Labour Party (PLP) versprochen, im Falle seines Wahlsieges zehn Prozent des nationalen Budgets für die Arbeit der Kirchen zur Verfügung zu stellen. Dort solle das Geld insbesondere für die Jugend und die Frauen eingesetzt werden, um den Jugendlichen neue Lebensperspektiven zu eröffnen. „Wir müssen mit den Kirchen zusammenarbeiten, die Lehrpläne an den Schulen

ändern und angemessene Ausbildungsplätze schaffen, damit die Schulabgänger konstruktiv am Aufbau unserer Gesellschaft mitwirken. Junge Leute sind nicht als Kriminelle geboren; sie rutschen in kriminelle Mächtschaften ab aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit“, sagte er auf einer Wahlkampfveranstaltung in Madang. (*National* 30.03.2007)

### Sir Arnold Amet kandidiert

Sir Arnold Amet, der ehemalige oberste Richter des Landes, kandidiert für den Gouverneursposten von Madang. Der bekennende Lutheraner eröffnete seinen Wahlkampf in seinem Heimatort auf der Insel Karkar vor der Küste Madangs. Bei den Kirchen gilt er als sehr zuverlässig und als vertrauenswürdiger Ehrenmann. Amet wird stark von Sir Peter Barter, dem derzeitigen Gesundheitsminister und ehemaligen Gouverneur von Madang unterstützt. In seiner Rede wies Sir Peter darauf hin, dass die Regierung 3,4 Mio. Kina (knapp 870.000 Euro) für die anstehende Renovierung des Gaubin-Krankenhauses auf Karkar eingeplant habe. Das Krankenhaus gehört zur ELC-PNG und bietet für die etwa 40.000 Menschen dieser Region eine medizinische Mindestversorgung an. Im Auftrag von Mission EineWelt arbeitet Dr. Elisabeth Greiner als einzige Ärztin in Gaubin. (*National* 01.05.2007, eigene Meldung)

### Soldat: „Folgt Gott am Wahntag“

Major Siale Diro, der stellvertretende Kommandeur des ersten Bataillons der Taurama Kaserne hat seine Soldaten und die Bewohner rund um die Kaserne dazu aufgerufen, Gott an erste Stelle zu setzen wenn sie zur Wahl gehen. „Unsere Rolle als Soldaten ist sehr wichtig, besonders in Wahlkampfzeiten. Darum muss unser Beitrag zu

diesem wichtigen nationalen Ereignis auf Moral und christlichen Prinzipien basieren. Das kann nur geschehen, wenn wir Gott die oberste Priorität in unserem Leben einräumen“, sagte er bei seiner Amtsübernahme Mitte März. In Wahlkampfzeiten gebe es unzählige Schlachten zwischen dem Guten und dem Bösen und da bedürfe es insbesondere des Gebets um weise Entscheidungen. „Wir müssen zusammenarbeiten und Unterschiede überwinden um ein gutes Ziel zu erreichen“, betonte er. *(National 23.03.2007)*

### **Kirchen gegen Casinos**

Der Nationale Kirchenrat PNG's hat sich gegen eine Legalisierung des Glücksspiels in Casinos ausgesprochen und die Regierung aufgerufen, ihre Entscheidung der Zulassung von Casinos zu überdenken. In einer Stellungnahme heißt es, die offizielle und öffentliche Anerkennung von Casinos widerspreche den christlichen Prinzipien und stehe im Gegensatz zum christlichen Verständnis von Liebe, gegenseitigem Respekt und der Sorge um das Wohl des Nächsten. *(National 17.05.2007)*

### **Cargo-Kulte auf dem Vormarsch**

Schon seit Jahren gewinnen die alten Cargo-Kulte in bestimmten Gegenden PNG's wieder an Bedeutung und verzeichnen einen dramatischen Zulauf. Nun haben sich die Anhänger eines Kultes in Sialum, Morobe Provinz, eine blutige Auseinandersetzung mit der Polizei geliefert, wobei es einige Tote und zahlreiche Verletzte gab. Die Polizei sah es als erwiesen an, dass die Anhänger des Kultes schon seit Monaten die ganze Gegend terrorisiert und vorsätzliche Morde und Menschenopfer für ihre Götter vollzogen hätten. Im April hatten die Anhänger ein Kind

aus Sialum entführt und einen Tagesmarsch weit in das bergige Hinterland nach Songita verschleppt. Als die Polizei das Kind befreien wollte, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Kurz darauf machten sich die Dorfbewohner und Kultanhänger auf, um an staatlichen Beamten und Polizisten der Regierungsstation Kalume Rache zu üben. Häuser wurden niedergebrannt und ein Mann getötet und zerstückelt. In einem Großeinsatz warf die Polizei die Cargo-Kult-Anhänger schließlich nieder. Mit den betroffenen Dörfern laufen intensive Verhandlungen, um wieder Frieden und Ordnung zu schaffen und die Verantwortlichen für die Entführung und die Kämpfe vor Gericht zu stellen. Die traurige Bilanz des Einsatzes: vier Tote und zahlreiche Verletzte. *(National 09.05.2007 und 15.05.2007)*

### **„Schwarzer Jesus“ festgenagelt**

Der „Black Jesus“ von Madang, mit bürgerlichem Namen Steven Tari, ging der Polizei ins Netz. Bereits im Jahr 2005 wurde er wegen Anführerschaft einer Cargo-Kult-Bewegung, wegen sexuellen Missbrauchs junger Frauen und minderjähriger Mädchen sowie wegen mehrfachen Ritualmordes verurteilt. Nachdem ihm nur wenig später die Flucht gelungen war, sitzt er nun wieder hinter Gittern. Die Verhaftung war möglich geworden durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Pfarrer Paul Makura (Four Square Church), den Stammesführern und der Dorfbevölkerung von Matepi, Madang District. Tari hatte sich in der leerstehenden Grundschule eingenistet und wurde von den Dorfältesten bei seinem Mittagsschlaf überrascht, festgehalten und an die Polizei übergeben. *(National 15.03.2007)*

## **AUS DER ELC-PNG**

### **Plakate zum Wahlkampf**

Ein im ganzen Land verbreitetes Poster der ELC-PNG ruft die Wahlberechtigten dazu auf, ihre Stimme bei den anstehenden Parlamentswahlen nur verantwortlichen, zuverlässigen und gottesfürchtigen Kandidaten zu geben. Abgedruckt sind 10 Prinzipien anhand derer Kandidaten beurteilt werden sollen. Bischof Dr. Wesley Kigasung sagte bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Posters, sowohl die Führer als auch die normalen Leute seien in den letzten 30 Jahren schlechte Treuhänder und Verwalter der Schöpfung Gottes gewesen. Es sei höchste Zeit für Veränderungen zum Besseren. „Um gute Treuhänder zu sein müssen wir dieses Land wieder unter die Führung Gottes stellen, denn nur durch den allmächtigen Gott wird dieses Land gerettet werden“, sagte er. *(National 23.04.2007)*

### **Lutherische Universität gestoppt**

Die ehrgeizigen Pläne zur Errichtung einer eigenen lutherischen Universität, in die das Martin-Luther-Seminar und das Balop Teacher's College integriert werden sollten, sind vorerst gestoppt. Bischof Dr. W. Kigasung und der Kirchenrat der ELC-PNG haben die Notbremse gezogen, da in den Vorverhandlungen die Interessen der ELC-PNG nicht angemessen berücksichtigt wurden und zunächst einige grundsätzliche Fragen geklärt werden müssen bevor das Vorhaben weiter verfolgt werden kann. *(eigene Meldung)*

### **Wasser für Kotna**

Dank des Sachverständs des Lutherischen Entwicklungsdienstes (LDS) und mit finanzieller Unterstützung durch AusAID

fließt endlich frisches sauberes Wasser in das Kotna Health Centre, Western Highlands Province. Die neue Wasserversorgung wurde feierlich von Gesundheitsminister Sir Peter Barter, Bischof Dr. Wesley Kigasing und Sir Arnold Amet eröffnet und ihrer Bestimmung übergeben. Zugleich wurde auch ein neues Frauenzentrum für die gesamte Region eröffnet und eingeweiht. „Durch die gemeinsame Anstrengung der Bevölkerung gibt es nun nicht nur Zugang zu sauberem Trinkwasser und ein Fortbildungszentrum für die Frauen, sondern durch beide Projekte wird eine nachhaltige Entwicklung für alle etwa 50.000 Menschen der gesamten Region gefördert“, betonte Sir Peter. Echte Entwicklung könne nur gelingen, wenn alle zusammenhelfen und an der Weiterentwicklung ihres jeweiligen Umfeldes echtes Interesse und intensiven Einsatz zeigten. (National 01.05.2007)

**Pfarrer von Erdrutsch verschüttet und gerettet**

Afesingnane Bake, lutherischer Pfarrer in Boana, etwa 60 km nordwestlich von Lae, wurde von einem Erdrutsch verschüttet. Zusammen mit seiner Frau hatte er für einige Tage in seinem Kaffeegarten gearbeitet und die Nacht in einer behelfsmäßigen Buschhütte verbracht, als kurz nach Mitternacht der Erdrutsch die Schlafenden mit sich riss. Während ihr Mann unter den Massen begraben wurde, konnte sich die Pfarrfrau selbst retten und bei strömendem Regen im etwa 5 km entfernten Dorf Hilfe holen. Die Hilfsmannschaft arbeitete sich durch die abgerutschte Masse aus Schlamm, Steinen, Bäumen und Sträuchern. Erst gegen 8 Uhr hörte einer der Helfer die Hilfeschreie des Pfarrers. Durch Gottes Hilfe und einen kleinen Hohlraum, der sich unter den Erdmassen aus dem Bauholz seiner Buschhütte um ihn herum

gebildet hatte, konnte er schließlich gerettet werden. (National 30.03.2007)

**Geyamokwi Yalu Elizah zum Gedenken**

Am 20. Mai jährte sich der Todestag von Geyamokwi Yalu Elizah zu ersten Mal, der 2006 im Alter von 86 Jahren verstorben war. Geyamokwi gehörte zu den großen alten einheimischen Führern von Kirche und Gesellschaft im Markham-Tal. 1940 begann er seinen Dienst als Lehrer, den er über 30 Jahre lang ausübte. Ausgebildet war er von den Neuendettelsauer Missionaren Hans Streicher und Friedrich Lehner geworden. Schon bald genoss er hohes Ansehen im Bildungswesen, in der Kirche und im öffentlichen Leben. (eigene Meldung)

**AUS DER ÖKUMENE IN PNG**

**Kirche bleibt neutral im Wahlkampf**

Bischof Stephen Reichert von der Diözese Mendi im Südlichen Hochland hat klargestellt, dass die röm.-kath. Kirche weder eigene Kandidaten für die Parlamentswahlen aufstellen, noch einen bestimmten Kandidaten unterstützen werde und widersprach damit anders lautenden Gerüchten. Er rief die Menschen auf, frei und ohne sich irgendjemandem verpflichtet zu fühlen zur Wahl zu gehen und den Kandidaten zu wählen, den sie für den geeignetsten hielten, positive Veränderungen in ihrer geschüttelten Provinz voranzubringen. (National 12.03.2007)

**Kirche gelobt**

Für große Verdienste um die Provinz East New Britain wurde die röm.-kath. Kirche gelobt, insbesondere für ihr Engage-

ment im Gesundheits- und Bildungsbereich. Die Provinzregierung wird einer entsprechenden Vereinbarung zufolge jährlich 150.000 Kina (ca. 38.000 Euro) für das St. Mary's Vunapope Hospital zur Verfügung stellen. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Krankenhauses, Fr. William Schumann betonte die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Krankenhaus und der Provinzregierung diene direkt dem Wohl der Menschen. Neben dem St. Mary's Hospital ist der katholische Gesundheitsdienst auch Träger von etwa 50 % des ländlichen Gesundheitsdienstes von East New Britain. (National 10.05.2007)

**AUS ANDEREN LÄNDERN**

**VANUATU**

**† Bischof Michel Visi**

Plötzlich und unerwartet verstarb Bischof Michel Visi im Alter von 52 Jahren am 19. Mai dieses Jahres. Er wurde tot in seinem Bett aufgefunden. Visi war Bischof der Diözese Vanuatu und stellvertretender Vorsitzender der Pazifischen Bischofskonferenz. (Oceania Flash 20.05.2007)

**Impressum:**  
 Kein Preisgeld  
 Nachrichtensatzanfertigung und Redaktion: Julia Ratzmann  
 Kirchliche Nachrichten: Pfr. Thomas Paulsteiner  
 "pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und kostenlos  
 Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 18 11 111, BLZ 760 505 51 bei der AKBANK AG in Nürnberg  
**Quellen:**  
 - apd - Jakarta Post - National - National Geographic - Oceania Flash - Flash d'Océanie - Pacific Beat - Pacific Islands Report (PIR) - Pacific Magazine - Pacific News Bulletin (PNB) - Pacific News - Post Courier - Radio Australia - Radio New Zealand International (RNZI) - New Zealand - Sydney Morning Herald (SMH) - Telepost - taz - The Lutheran - Waktok  
**Herausgeber:**  
 Pazifik  
 INFORMATIONSSTELLE  
 Mission  
 EineWelt  
 Reg.-Nr. 48-7-01882 Gerichtsbezirk:  
 Tel. 09374 91220 - Fax. 09374 91310